

# Wirtschaft

## Wochenschrift für den gesamten Osten

Mitbegründer: Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30.

Der Ostdeutsche  
der Stadt Elbing.  
18. AUG. 1934

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1,50 Mk. Einzelnummer 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühren.  
Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 4gepaltenen Zeile 45 Pf.

Nr. 33.

Berlin, 17. August 1934.

15. Jahrg.

Inhalt: S. 38: Die Regelung der Wirtschaftsbeziehungen Danzig-Polen. — S. 387: Der Kampf der Auslandspolen. — S. 388: Frankreichs Vorkriegs- — Ostend- — Roder. — S. 391: Welcher Streit um Auarabau. — S. 392: Der Streit um Esztergely. — Esztergely gegen Wien. — S. 393: Die Streit um Büländer. — S. 394: Wirtschaftliches Schicksal. — S. 395: Das deutsche Getreide. — Zoll-Oberbefehlshaber Elbinger Stadt. — S. 396: Zolltarifarbeit im Osten. — S. 397.

## Die Regelung der Wirtschaftsbeziehungen Danzig-Polen.

Ein umfassendes Vertragswerk.

Am 5. August 1933 wurden die ersten und grundlegenden Danzig-polnischen Verbindungsabkommen geschlossen. Am 18. September wurde dann das Übereinkommen über die Ausführungsbestimmungen zum Hafenabkommen vom 5. August unterzeichnet. Zugleich trat das Übereinkommen über die Rechte der Polen in Danzig in Kraft. Am Laufe der Zeit konnte dann noch in weiteren Einzelfragen eine Einigung herbeigeführt werden. Aber in den wesentlichen Streitfragen, die die grundsätzlichen Verhältnisse zwischen Danzig und Polen zum Gegenstand haben, wurde keine Besserung fürbar. Polen verteidigte seine Forderung, der Freien Stadt auf wirtschafts- und volkswirtschaftlichem Gebiete die von ihr geforderte und ihr auch vertraglich zustehende Selbständigkeit zugestehen. Es sperrte den Danziger Wirtschaftsverkehr ins polnische Hinterland, protestierte gegen die wirtschaftlichen Aufbaumaßnahmen der Freien Stadt und verurteilte sein Kontrollsystem gegenüber den Danziger Firmen. Es war, wie aus all seinen Maßnahmen und aus den häufigen Bekundungen seiner maßgebenden Männer hervorging, entschlossen, Danzig seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit zu berauben und es, wenn anders nicht möglich, durch Vernichtung seines Wirtschaftslebens zur Preisgabe der Selbständigkeit zu bewegen.

An der grundsätzlichen Einstellung Polens zu Danzig hat sich in diesem ersten Jahr der Verhandlung, das nun abgeklungen ist, offenbar nur wenig geändert: Polen erkennt ein unabhängiges Danzig nicht an, und es hört nicht auf, die Unabhängigkeitssymbole der Freien Stadt durch wirtschaftlichen Druck zu erstickern. Von dieser unabänderlichen Einstellung Polens her lassen sich die Schwierigkeiten erklären, die der Danziger Senat zu überwinden hatte, um in der bisher ungelösten Frage des Wirtschaftsbeziehungen der Freien Stadt zu Polen zu einer einmütigen tragbaren Einigung zu gelangen. Polen war bei diesen Verhandlungen in jeder Beziehung der materiell überlegene Partner, da Danzig sich als Hafen- und Handelsplatz in einer weitgehenden Abhängigkeit von seinem polnischen Hinterland befindet. Andererseits aber ist Danzig ein durchaus deutsches Gebiet, das wohl die durch die natürliche Lage gebotene Zusammenarbeit mit Polen erstrebt, dabei jedoch jedem polnischen Herrschaftsanspruch entschieden ablehnen muß. Die unglückliche Konstruktion des Versailler Diktates, die ein deutsches Gebiet wirtschaftlich mit einem fremden Staate verknüpft hat, bringt zu föhrieger und erhöhter Wachsamkeit darüber, daß die wirtschaftliche Gebundenheit nicht den nationalen Charakter des Gebietes zerstört, das gegen den Willen seiner Bewohner dem Reiche losgetrennt worden ist.

Am 6. August, also ein Jahr nach dem ersten Verbindungsabkommen, wurde ein Vertragswerk abgeschlossen, durch das der Wirtschaftskrieg zwischen der Freien Stadt und Polen sichergestellt werden soll. Es handelt sich um sechs Abkommen mit einer Reihe dazugehöriger Ausführungsbestimmungen und -protokolle, und zwar um

ein Veterinärabkommen, ein Pflanzenzuchtabkommen und ein Übereinkommen über den Abfall polnischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Zusammenhang mit der Danziger Marktragulierung.

Senatspräsident Dr. Raushing hat sich über die Bedeutung des Vertragswerkes — des umfassendsten und wichtigsten seit der Pariser Konvention und dem Warschauer Abkommen — Professor-tretern gegenüber u. a. in folgender Weise geäußert: „Worauf es bei den ganzen Bemühungen ankam, war, einen Weg zu finden, der wirtschaftlich Danzig die Existenz ermöglicht, ohne die aus nationalpolitischen Gründen zu erhaltende Souveränität zu verlieren. Das jetzt mit Polen geschlossene Wirtschaftsabkommen bringt diese Lösung. Selbstverständlich hat am dieses großen Ziele willen Danzig auch Zugeständnisse machen müssen; aber bei den inneren Widersprüchen, die zwischen den wirtschaftlichen und nationalpolitischen Überlegungen vorhanden sind, war nach Lage der Dinge nur eine Kompromißlösung zu finden. Die Bewegungsfreiheit für die Verhandlungen Danzigs war insofern eingeschränkt, als durch das Versailler Diktat Danzig dem polnischen Zollgebiet und Zollsystem unterworfen ist. Dieser Umstand ist eine Tatsache, die im Augenblick als gegeben hingenommen werden mußte. Auch die internationale Stellung Danzigs als vom Völkerbund betreuter Staat konnte bei den Entscheidungen nicht außer acht gelassen werden. Das, was jetzt erreicht ist, ist die Vertiefung der durch das Versailler Diktat errichteten Zoll-einheit in der Richtung, daß Danzig ein vollwertiges lebensfähiges Glied für die gesamte polnische Wirtschaft überhaupt wird und so im Rahmen des gesamten Wirtschaftskörpers niederen Lebensmöglichkeiten erhält. Die polnischen Diszernenz und Sperren, die bisher noch zwischen Danzig und Polen bestanden, sind jetzt beseitigt, und es ist ein freier Warenverkehr innerhalb des gesamten Danzig-polnischen Zollgebiets hergestellt. Dabei ist es möglich gewesen, die Erzeugnisse Danzigs insbesondere auf dem Gebiet der Agrarpolitik in Danzig zu erhalten. Die nationalpolitisch wichtige Aufbaubarbeit wird durch das Wirtschaftsabkommen nicht gefährdet.“

### Der Zollbereich.

Die wesentlichen Bestimmungen des Vertragswerkes, das etwa 50 Druckseiten umfaßt, seien im folgenden kurz wiedergegeben. Das Abkommen über die Regelung verschiedener Zollfragen befaßt sich in der Hauptfrage mit der Organisation des Danziger Zollbereiches. Die Freie Stadt hat das Recht und die Pflicht, auf ihrem Gebiet den Zollbereich in Durchführung der polnischen Gesetzgebung und der geltenden Verträge und Entscheidungen zu organisieren. Veränderungen im Bestand der Zollstraßen, Zollübergänge und Anzeigebüroen auf Danziger Gebiet sollen in vorherigem Einvernehmen mit der polnischen Zentralpolleerwaltung erfolgen. Im allgemeinen ist das Verhältnis der Danziger zur polnischen Zollverwaltung etwa so geregelt, wie es früher zwischen Luxemburg und Deutschland bestand und heute zwischen Luxemburg und Belgien besteht. Gegenüber dem früheren Zustand bedeutet das eine engere Bindung der Danziger Zollverwaltung an die polnische Zentralpolleerwaltung. Das den polnischen Zollinspektoren zustehende Überwachungsrecht ist in dem Abkommen im einzelnen klargestellt worden.

ein Abkommen zur Regelung verschiedener Zollangelegenheiten, ein Abkommen über die Beteiligung Danzigs an den polnischen Einfuhrkontingenten, ein Abkommen über den Verkehr mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen.

### Die Danziger Kontingente.

In dem Abkommen über die Beteiligung der Freien Stadt an den polnischen Einfuhrkontingenten verzichtet Danzig für die Dauer des Abkommens darauf, von den Rechten Gebrauch zu machen, die ihm nach Art. 212 des Warschauer Abkommens hinsichtlich der Einfuhrbeschränkungen und -verbote zustehen; d. h. Danzig verzichtet auf die Eigenbedarfskontingente, um die seit Jahren ein erbitterter Streit mit Polen geführt worden ist und die Polen zum Anlaß genommen hat, um als Export nach Polen beteiligten Danziger Firmen einer spionierenden Wirtschaftskontrolle zu unterwerfen. Jetzt sollen die polnischen Einfuhrverbote und -beschränkungen in Danzig ebenso wie in Polen gelten. Praktisch fällt dieser Verzicht auf die Geltendmachung eines alten Rechtes für Danzig deshalb nicht mehr so schwer ins Gewicht, weil der Danziger Verzicht durch die polnische Zollpolitik der Bezug von Waren aus dem Ausland ohnehin schon im wesentlichen unmöglich gemacht worden war. Auch wird durch die neue Regelung eines der wichtigsten zollpolitischen Sonderrechte der Freien Stadt, das Recht auf Ausübung des Veredelungsverkehrs, in keiner Weise berührt. Zum Erfolg für seinen Verzicht auf die Eigenbedarfskontingente ist Danzig für die Waren, deren Einfuhr in seine polnische Zollgebiete verboten ist, eine praxistaugliche Beteiligung an diesen polnischen Einfuhrkontingenten zu ergreifen worden. Die Danziger Anteile sollen im gegenseitigen Einvernehmen für jede Warenartung festgesetzt werden und müssen den Bedürfnissen der Danziger Bevölkerung, dem Bedarf der Industrie, des Handels, des Handels und der Landwirtschaft der Freien Stadt entsprechen. Salls für bestimmte einfuhrverbotene Waren keine polnischen Kontingente festgelegt worden sind, werden im gegenseitigen Einvernehmen nach Maßgabe des örtlichen Bedarfs besondere Einfuhrkontingente für Danzig festgelegt werden. Salls bis zum Inkrafttreten eines Einfuhrverbotes keine Einigung über die Höhe des Danziger Kontingentanteils erzielt werden konnte, wird Polen auf den später festzusetzenden Anteil von 10 prozent Einfuhrkontingenten für Danzig verzichten. Wichtig ist, daß Polen die in diesen Fällen ein Leben langene Kammern für Außenhandel als die Vertretung der Danziger Wirtschaft in der Frage der Kontingente usw. anerkannt hat. Um ganzen bedeutet die neue Regelung der Kontingentefrage eine wesentlich engere Bindung des Danziger Außenhandels an Warschau. Ob und in welcher Weise den Danziger Bedürfnissen von Warschau Rechnung getragen werden wird, das muß erst die Praxis lehren. Die bisherigen Erfahrungen berechtigen nicht zu allzu großem Optimismus. Für den Fall, daß ein Einvernehmen über die Höhe des Danziger Anteils nicht zu erzielen ist, haben beide Teile das Recht, auf das Verfahren des Artikels 59 des Pariser Abkommens vom 1929 zurückzugreifen und in der nächsten Zukunft die Angelegenheit an die Kommission des Kommissars des Völkerbundes anrufen.

### Die landwirtschaftlichen Abkommen.

Das Abkommen über den Verkehr mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen bespricht den Fortfall der Kontrolle des Verkehrs zwischen Danzig und Polen für Waren, die im Danziger Gesetz vom 17. März 1930 und im Erlass des polnischen Staatspräsidenten vom 22. März 1928 vorgegeben sind. Um den Fortfall der Kontrolle zu ermöglichen, 1928 die Freie Stadt ihre Verordnungen über die Überwachung der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände mit den entsprechenden in Polen geltenden Bestimmungen in Übereinstimmung bringen. Sollen sich hierbei im Einzelnen Abmachungen ergeben, so werden die Parteien, gegebenenfalls unter Anrufung des Völkerbundkommissars, hierzu verpflichtet. Es handelt sich hier also um die Angleichung eines Teiles der Danziger Gesetzgebung an diejenige Polens.

Dasselbe gilt in Bezug auf das Abkommen zur Regelung des Pflanzenschutzes. Dieses bestimmt, daß Danzig alle von der polnischen Regierung erlassenen Pflanzenschutzvorschriften übernimmt. Sollte die Danziger Regierung für das Straitsgebiet Pflanzenschutzvorschriften erlassen, die in Polen noch nicht bestehen, so dürfen sie keine Bestimmungen enthalten, die den Verkehr mit dem gemeinsamen Zollausland oder den Verkehr zwischen Danzig und Polen erschweren. Die einschlägigen Danziger Gesetzgebung ist also derjenigen Polens untergeordnet. Der Pflanzenschutz im Gebiet der Freien Stadt schließt sich an das allgemeine polnische Pflanzenschutzgesetz an. Die beiden vortagschließenden Teile werden bei dem Verkehr mit Pflanzen und Pflanzenteilen an der Danzig-polnischen Grenze keine Kontrolle ausüben.

Das Veterinärabkommen soll den Verkehr mit Tieren, tierischen Eiern und Erzeugnissen, Seren und Lymphe zwischen Danzig und Polen erleichtern. Es enthält eine Fülle von Vereinbarungen technischer Charakter mit dem Ziele, die Einfuhr von Eiern, Fischen, Fleisch usw. aus dem Gebiet der einen vortagschließenden Partei in das der anderen ohne veterinärärztliche Genehmigung zu ermöglichen. Weiter wird in diesem Abkommen der Verkehr Danzigs und Polens mit dem Zollausland, der Durchfuhrverkehr sowie der Verkehr mit Seren und Impfstoffen eingehend geregelt.

Das Abkommen über den Verkehr mit Erzeugnissen der Landwirtschaft, des Gartenbaues und der Fischerei schränkt die möglichen schädlichen Folgen, die für die Danziger Landwirtschaft aus den drei letztgenannten Abkommen entstehen können, bis zu einem gewissen Grade wieder ein. Es bestimmt, daß die zu Zweck der Marktregulierung von der Danziger Regierung erlassenen Vorschriften auf folgende Erzeugnisse Anwendung finden: Mehl, Butter, Käse, Pferde, Rinder, Schafe, Schweine, Geflügel, Hühner, und Vieh, Erzeugnisse, Fische und Fischereierzeugnisse, Kartoffeln, Brot und Mehl, Eier, Stroh und Häcksel, erforderlichenfalls auch Gemüße und Beeren. Die Zufuhr dieser Erzeugnisse aus Polen nach Danzig wird von den beiderseitigen Wirtschaftsweisen und Organisationen durch Vereinbarung geregelt. In zwei Anlagen zu dem Abkommen sind die Mengen festgelegt worden, die aus Polen im Laufe des am 10. August beginnenden Wirtschaftsjahres nach Danzig eingeführt werden sollen. Für die vereinbarten Mengen übernimmt die Danziger Seite eine Abnahme-, die polnische Seite eine Lieferungsgarantie. Die Übernahme-preise für die festgesetzten Mengen sind auf der Basis der Danziger Großhandelspreise abzumachen. Dabei können zur Unterstützung der Danziger Marktregulierungsbestrebungen die einer Reihe der erwähnten Erzeugnisse Preisabschlüsse bis zu 25 n. H. gemacht werden. Den polnischen Lieferanten werden für ihre Waren also im wesentlichen die weit über dem in Polen herrschenden Niveau liegenden Danziger Preise garantiert. Außerdem wird ihnen Danzigerseits noch ein Lieferungsmonopol für die erwähnten Waren eingeräumt. Denn Danzig verpflichtet sich in dem Abkommen, keinen Klumpendeckel an Erzeugnissen der Landwirtschaft, des Gartenbaues und der Fischerei, soweit dieser über die Eigenzeugung Danzigs und über die festgesetzte Zufuhr aus Polen hinausgeht, aus Polen zu beziehen, sofern diese Erzeugnisse dort hergestellt werden und dort geliefert werden können. Schließlich sind u. a. auch noch erleichternde Bestimmungen für den Preis- und Wertungsverkehr vorgesehen. Danzig und Polen setzen einen gemeinsamen Ausschuss ein, der die Gleicherleistung der Durchführung des Abkommens zur Aufgabe hat und aus je drei Mitgliedern besteht.

### Was bedeutet das?

Um ganzen gesehen, enthalten die sechs Abkommen, die am 6. August unterzeichnet worden sind, vorwiegend Zugeständnisse von Danziger Seite. Danzig räumt Polen auf seine Zollverhaltung entgegen der früheren Abkommen hinausgehenden Einfluß ein; es verzichtet auf seine Eigenbedarfskontingente; es ernennt seine Vorschriften über die Überwachung der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände sowie seine Pflanzenschutzvorschriften den betreffenden polnischen Vorschriften unter; es verpflichtet sich, seinen zukünftigen Bedarf an landwirtschaftlichen, Gartenbau- und Fischereierzeugnissen durch Zufuhr aus Polen zu decken usw. Das bedeutet eine starke wirtschafts- und zollpolitische Bindung Danzigs an Polen. Freilich ergibt die Freie Stadt dafür einige für ihre Wirtschaft wichtige Zugeständnisse von polnischer Seite: die strende und demütigende Wirtschaftskontrolle, die von polnischen Zollinspektoren bei den Danziger Firmen ausübt wurde, fällt weg; und ebenso kommen die vielfachen Behinderungen der Einfuhr Danziger Erzeugnisse nach Polen in Fortfall; schließlich erkennt Polen die Danziger Marktregulierungsmaßnahmen, die einen wesentlichen Bestandteil des nationalsozialistischen Wirtschaftsaufbaues darstellen, an. Zu bedenken ist dabei allerdings, daß die polnischen Zugeständnisse lediglich in der Befreiung rechts- und vortagschließender Maßnahmen und in der Erleichterung der Zollverhältnisse über das hinausgehen, was in den früher geltenden Bestimmungen der Pariser und Warschauer Abkommen festgelegt worden war.

Man wird bei Betrachtung des ganzen Vertragsmerkes ein gewisses bitteres Gefühl nicht vermeiden können. Aber man wird zugeben müssen, daß unter den gegebenen Verhältnissen schwer ein besseres Ergebnis für Danzig erzielt werden konnte. Es kam vor allem darauf an, das Danziger Wirtschaftsleben überhaupt in Gang zu erhalten und vor der Gefahr des langsamen Absterbens zu sichern, der es bei dem bisher herrschenden latenten wirtschaftlichen Kriegszustand mit Polen ausgesetzt war. Je schwächer die Danziger Wirtschaft ist, um so geringer ist auch die Aussicht für das Danziger Volkstum, sich national zu behaupten. Wenn sich infolge der jetzigen Regelung der Danzig-polnischen Wirtschaftsbeziehungen die materiellen Voraussetzungen der Freien Stadt bessern, dann wird das Volkstum dort auch um so eher in der Lage sein, die Gefahren, die manche Bestimmungen des neuen Abkommens zweifellos bergen, zu überwinden, ohne Schaden an seinem nationalen und kulturellen Leben zu nehmen. Voraussetzung ist dabei, daß Danzig stark und selbstbewußt bleibt und immer bereit ist, sich gegen jeden Eingriff in seine staatlichen Freiheitsrechte und gegen jeden Versuch, seinen deutschen Charakter zu schwächen, mit kompromissloser Entschiedenheit wehrt. Die Frage, die durch die Abkommen vom 6. August an Danzig gestellt wird, ist die: Was ist stärker — Volk oder Wirtschaft?

# Der Kongress der Auslandspolen.

## Die Ideologie des Piljtschki-Systems.

Der 2. Kongress der Auslandspolen, der am 6. August in Warschau begann und nach mehrstündigen Beratungen mit der Gründung eines Weltbundes der Polen seinen Abschluß fand, ist in mehrfacher Hinsicht auch für den deutschen Beobachter von großer Bedeutung. Wichtig ist zunächst die Beantwortung der Frage, wie sich das Verhältnis der auslandspolnischen Volksgruppen nicht nur zu polnischen Heimatländern an sich, sondern insbesondere zu dem dort herrschenden politischen System gestaltet. Hier kann folgendes festgestellt werden: Die polnische Regierung legt entscheidenden Wert darauf, das Auslandspolenamt mit ihrem politischen Welt, mit dem Geist des Piljtschki-Regimes, zu durchdringen. Sie hat daher von Anfang an sich den allein bestimmenden Einfluß auf die auslandspolnische Arbeit zu sichern versucht. Und dieser Einfluß ist in dem Maße gelungen, als es gelang, die Arbeit für das Auslandspolenamt in dem Jahre 1939 ins Leben gerufenen „Organisationsrat“ zusammenzufassen. An dessen Spitze steht der jeweilige Senatsmarschall, also einer der höchsten Würdenträger des Staates. Bei dem jetzigen Kongress trat ganz offensichtlich das Bestreben hervor, die Vertreter der auslandspolnischen Gruppen ausschließlich mit den regierungstreuen Kreisen in Verbindung zu bringen und eine Vereinigung dieser Vertreter von nationaldemokratischer oder anderer oppositioneller Seite möglichst auszuschalten. Die polnische Regierung wünscht, aus den auslandspolnischen Volksgruppen nicht nur verdienstbemühte, sondern ihr ideologisch verbundene Außenpolen zu machen. Sie wünscht in der „volkspolnischen“ Arbeit keine Zweigleisigkeit; sie kennt deren Nachteile und Gefahren aus eigener und fremder Erfahrung. Sie weiß, daß Volksgruppen, die dem Regime im Heimatland nicht vollkommen loyal gegenüberstehen, keine Stütze für dieses Regime sind, sondern eine Stärkung der innerpolitischen Opposition werden können. Es war wohl das Bewußtsein der nicht nur völkischen, sondern auch politisch-weltanschaulichen Verbundenheit der auslandspolnischen Gruppen mit dem herrschenden Regime des Heimatlandes, das den Geschäftsführer des Polenbunds in Deutschland, Dr. Kaczmarek, zu der Feststellung veranlaßt hat, daß „die polnische Nation die Arbeit an ihrer Konsolidierung in der ganzen Welt weiter vorantreibt hat als andere Völker“.

## Demonstration des polnischen Machtwillens.

Der eigentlichen Tagung gingen zahlreiche Sonderveranstaltungen voraus. Unter diesen ist vor allem, als charakteristisch für den Geist dieser Tagung, die große Gruppenchau zu erwähnen, die am Anlauf der 20. Wiederkehr des Tages des Ausmarsches der polnischen Legionen auf dem Cruppenzugsplatz Mokotow bei Warschau stattfand, die zugleich aber auch und besonders dazu bestimmt war, den Auslandspolen die Macht des Heimatlandes vor Augen zu führen, in ihnen Vertrauen zum polnischen Staat und nationales Selbstbewußtsein zu wecken. Am der Cruppenparade, der der Staatspräsident Młotki, zahlreiche Würdenträger, führende Militärs und das diplomatische Korps beimonten, nahmen u. a. vier Infanterie-, fünf Artillerie- und sieben Kavallerieregimenter, außerdem mehrere hunderte Flugzeuge teil. Dieses militärische Schauspiel, das durch den Massenaufmarsch bewaffneter halbmilitärischer Verbände (der Schützen und Legionäre, der Post- und Eisenbahnbereitstellung, der Pfadfinder, des Luftschutzes aller Welt) noch verstärkt wurde, war wohl geeignet, den Polen aus aller Welt ein bleibendes und fortwirkendes Erlebnis zu werden.

Dieselbe Tendenz, ein aus dem Erlebnis kriegerischer Stärke kommendes Selbstbewußtsein zu wecken — die in den Tagungen der Auslandsdeutschen im Reich völlig fremd ist —, lag auch der Rede zugrunde, die der Chefredakteur der halbamtlichen „Gazeta Polska“, Orlif Miedziński, vor den Vertretern des Auslandspolenamts hielt. Miedziński in der Jahre u. a. folgendes aus: Im 18. Jahrhundert habe es in Polen viele reiche Leute, aber eine schwache und schlecht ausgerüstete Armee gegeben, heute sei Polen ein armes Land, aber es verfüge über eine starke Armee. Erst diese starke Armee, mit der die Welt rechnen müsse, habe die Grundlage für eine weitreichende Außenpolitik geschaffen, die dem Frieden dienen wolle. Es sei in den vergangenen Jahren nicht leicht gewesen, die Welt an dem Gedanken des Befreiens eines unabhängigen Polens zu gewöhnen. Diese Aufgabe könne heute als gelöst bezeichnet werden. Polen sei heute ein Land, bedrohlich für jeden Angreifer und wertvoll als Bundesgenosse. Doch Polen die geachtete Position erringen konnte, habe es dem Umstand zu verdanken, daß es zu den auserwählten Völkern gehöre, die an ihrer Spitze einen Führer haben. Die Richtlinien, die

von der polnischen Außenpolitik befolgt werden, seien denkbar einfach. Sie bauen sich auf folgende Grundzüge auf: Niemand außer der polnischen Regierung hat ein Recht, über Polen zu verfügen. Polen müsse sich nicht in die Angelegenheiten anderer Staaten, aber es dulde auch keine Einmischung in seine eigenen Angelegenheiten. Polen verhalte sich den anderen Staaten gegenüber in genau der gleichen Weise, wie diese sich Polen gegenüber verhalten. Polen habe nicht die Absicht, anderen Völkern seine Willen aufzuzwingen, es habe auch nicht den anderen Völkern die Welt zu bringen, die polnischen Völkern jetzt zu werden. Die Richtigkeit dieser Einstellung gehe daraus hervor, daß die Befriedigung Europas im Osten viel rascher Fortschritte gemacht habe als im Westen. Polen lehne aber auch entschieden die Aufteilung der jüdischen Völker in regierende und regierte ab. Internationale Verträge lehne Polen nicht ab, aber es suche Sicherheit nicht auf dem Wege über Verträge, sondern im Vertrauen auf seine eigenen Kräfte.

## Die Teilnehmer des Kongresses.

Auf dem Kongress waren die polnischen Volksgruppen aus nicht weniger als 27 Staaten vertreten. Bei den meisten dieser Gruppen handelt es sich freilich nur um jährenmäßig schwache polnische Kolonien. Am stärksten war das Polenamt der Vereinigten Staaten vertreten: mit 45 Mandaten. Die meistekräftige Delegation stellten mit 20 Mandaten die Polen aus Deutschland. Es folgten Frankreich mit 15, die Tschechoslowakei mit 7, Brasilien mit 6, Rumänien mit 5, dann Kanada, Litauen und Lettland mit je 4 und Österreich mit 3 Mandaten. Mit je 2 Mandaten waren beteiligt: Argentinien, China-Mandschurei, Dänemark, Holland, Belgien, Südländern und Ungarn. Die übrigen Gruppen aus England, Irland, Finnland, Schweden, Italien, Türkei, Australien, Franz-Afrika und Uruguay verfügten über je einen Delegierten. Den Vorstoß auf dem Kongress führte ein Vertreter der stärksten Gruppe, Redakteur Smietlik vom „Verband der Polen in USA“; seine Stellvertreter waren Delegierte der nächststärksten Gruppen: Pfarrer Domanki (Deutschland), Stefan Rejer (Frankreich), Dr. Wolf (Tschechien) und Roman Paul (Brasilien). Die Polen aus der Sowjetunion nahmen an der Tagung nicht teil.

## Die Polen in Deutschland.

Nach polnischen Angaben sollen etwa 3000 Polen aus Deutschland, darunter etwa 1300 Jugendliche, an der Tagung teilgenommen haben. In großer Zahl waren auch die Danziger Polen zu dieser Tagung der Auslandspolen erschienen, obwohl sie besonders Wert darauf legen, nicht als Auslandspolen angesprochen zu werden, weil sie die Sektion aufrechterhalten möchten, daß die Freie Stadt Danzig für Polen nicht Ausland, sondern polnisches Staatsgebiet ist. Um dieser Sektion willen lautete auf der Tagung auch die Anrede stets: „Polen aus dem Ausland und Danzig“. Es ist eigentlich selbstverständlich, daß die Tagung nicht überbergig, ohne daß die polnische Presse ihre üblichen falschen Darstellungen über die Verhältnisse der polnischen Volkspoliten in Deutschland wiederholte. Der Generalsekretär des Bundes der Polen in Deutschland, Dr. Kaczmarek, phantasierte wieder einmal von „den 1½ Millionen Polen in Deutschland“. Einige Tage vorher hatte Kaczmarek in diesen (unaufrichtigen) „1½ Millionen“ gesprochen, von denen er 800 000 in Schlesien, 300 000 in Ostpreußen, 200 000 in der Grenzmark und die übrigen in Mittel- und Westdeutschland entdeckt haben will. Kaczmarek bequeme sich in seinem Referat immerhin in der Bemerkung, daß man hinsichtlich der Lage der Polen in Deutschland eine Besserung feststellen könne. Smietlik dagegen wollte in seinem erwähnten Artikel nur sagen, daß sich die Lage im Vergleich zu früher „nicht verbesserter“ habe. Die deutsche Regierung, meinte er, habe „bisher keine politischen Schritte getan, die zur Verwirklichung der berechtigten Forderung beitragen würden, daß es den Polen in Deutschland so geht wie den Deutschen in Polen“. Dazu ist Deutschland gar nicht in der Lage; die Polen in Deutschland haben keine von 800 Schülern besuchte Schule, deren Leiter von der hiesigen Regierung eine in eine kleine bayerische Volksschule verbannt werden könnten; sie haben keine kirchlichen Magnaten, dem die deutschen Finanzminister 16 Mill. Stoly Steuern aufbrummen, dem sie keine Betriebe zünieren und seine Schloßer vorrommen könnten usw. Deutschland zähle, selbst wenn es wollte, gar nicht in der Lage, Gleiches zu vergelten.

## Ein „Appell an alle Völker“.

Die Tagung in Warschau schloß mit der Annahme eines „Appells an alle Völker der Welt“. Es heißt darin u. a.:

Wir müssen nicht nur einig sein, wir müssen  
der Welt auch zeigen, daß wir einig sind:

Am 19. August

Ja!

## Der durchlöcherete Weltbund.

1½ Millionen Kilometer fuhr der Führer in zwölf Jahren im Flugzeug, Auto oder Eisenbahn für die Wiederauferschließung des deutschen Volkes. 500 oder 1000 Meter sollt du zur Wapflurne gehen, um ihm dafür zu danken.

„In der Einsicht, daß die Bürger fremder Nationalität nützliche Mitglieder der staatlichen Gemeinschaft, die hier angehörend sein können, wenn ihnen die Möglichkeit zur Ausübung aller Rechte und zur Pflege ihrer Kultur gegeben wird, und wenn sie keiner Verfolgung sozialer und wirtschaftlicher Art ausgesetzt sind, erachtet die Leitung an das höchste und weise Volkswort des geschichtlichen Polens: „Frei mit dem Freien, gleich mit dem Gleichen!“ In diesem Sinne wendet sich der 2. Kongreß der Auslandspolen an alle Staaten und Nationen der Welt mit der Aufforderung, in allen Ländern jedem Bürger, ohne Rücksicht auf seine Nationalität, die volle tatsächliche bürgerliche Gleichberechtigung und die volle Freiheit unbehindert Entwicklung aller Kulturwerte seines Volkstums zu gewähren. Die Leitung spricht die Überzeugung aus, daß die Verwirklichung dieses Grundgesetzes eine der Hauptaufgaben der heutigen Zeit ist, welche die Staaten und Völker einer besseren Zukunft entgegenführen sollte, gestützt auf die schöpferischen, unsterblichen geistigen Werte.“

Die Leitung hat sich also zu dem Grundsatze freier Volkstumsentwicklung bekannt, zu dem sich Deutschland und seine Volkgruppen im Ausland schon seit langem bekennen. Das ist die erstrebte. Aber wird Polen nun auch die praktischen Folgerungen daraus zu ziehen bereit sein, nicht nur dort, wo sie ihm Vorteile bringen, sondern auch dort, wo sie Zugeständnisse von ihm verlangen? Wenn dieser pathetische Appell, in dem mit einem Polungswort des „geschichtlichen Polens“ rennommiert wird, Ernst gemacht würde, dann müßte das für Polen den Versuch auf den Rationalitätsgedanken und die Anerkennung der Tatsache bedeuten, daß der 1918/20 entstandene polnische Staat ein Rationalitätenstaat ist.

## Die Aufgaben der auslandspolnischen Schulen.

Unter den zahlreichen Entschlüssen, die von den verschiedenen Ausschüssen des Kongresses gefaßt wurden, beschäftigt sich eine in interessanter Form mit den Aufgaben der polnischen Schule im Ausland. Zu deren Aufgaben soll „die Vertiefung und Festigung des Nationalbewußtseins und des Nationalstolzes, die Förderung und Kräftigung der Bereitschaft zum aktiven Dienst für die polnische Sache“ gehören. „Befördert werden soll auch der Ergehe, auf allen Arbeitsgebieten führend zu sein und die höchsten Stellungen in der betreffenden Volksgemeinschaft einzunehmen, ferner das Streben nach würdiger Repräsentation des Polentums im Auslande, die soziale Auszubildung und die Einsicht in die Notwendigkeit, die polnischen Volkgruppen auf ein höheres wirtschaftliches und kulturelles Niveau zu erheben.“

Es wird also als eine Aufgabe der polnischen Schule im Ausland bezeichnet, die dort anwesigen Polen zu erziehen, daß sie in der Lage sind, im Dienst für die polnische Sache die höchsten Stellungen bei den Völkern einzunehmen, unter denen sie siedeln. Man kann sich schwer vorstellen, daß sich die Polen selber bereitfinden würden, einen sachlich geeigneten, aber volksbewußten Angehörigen etwa der deutschen oder der ukrainischen Volksgruppe ihres Staates zu den höchsten Stellungen im öffentlichen Leben Polens zuzulassen. Umgekehrt scheinen sie aber den Zutritt volksbewußter Polen in führende Stellungen anderer Völker als ihr gutes Recht in Anspruch nehmen zu wollen. Wenn sie das tun, so wohl in Erinnerung an vergangene Zeiten. Sie denken wohl daran, welche Rolle insbesondere der polnische Adel Galiziens im alten Österreich-ungarn gespielt hat, wie das polnische Element mehr als einmal in entscheidenden Situationen die Politik des Habsburgerreiches bestimmt hat, nicht zum Nutzen Wiens, sondern „im Dienste der polnischen Sache“. Sie denken wohl daran, wie wertvoll es während des Weltkrieges für die polnische Sache gewesen ist, daß sich in manchen einflussreichen politischen und militärischen Stellungen Deutschlands, Österreichs und Auslands Menschen polnischer Abstammung und aktiven polnischen Volkswußtseins befanden. Aber diese Zeiten sind heute vorbei. Die Erfahrungen, die diese Staaten mit dem maßgeblich an ihrem öffentlichen Leben beteiligten Polen gemacht haben, sind wenig geeignet, sie solche volkspolitischen Experimente noch einmal wiederholen zu lassen. Heute ist ein solcher Zutritt volksbewußter Polen in einflussreiche Stellen fremder Staaten allenfalls noch in überseeischen Ländern. „In übrigen gilt für diese Entscheidung das gleiche, was auch für die anderen Kongreßentschlüsse gilt: Erst selber durchführen, dann von den anderen fordern!“

Seinen Abschluß fand der Kongreß mit der Gründung eines „Weltbundes der Polen“, der eine Zusammenfassung aller auslandspolnischen Gruppen unter einer gemeinsamen Führung mit dem Sitz in Warschau beabsichtigt. „Der 1. April 1929, seit dem nicht mehr unumkehrbar Fortschritte, die seit 1897, seit dem 1. Kongreß der Auslandspolen, in der Aktivierung und Durchorganisierung der Volksguppen in den einzelnen Ländern erzielt worden sind. Die Gruppe der Polen in den Vereinigten Staaten hat ihren Beitritt zum Bunde vorerst abgelehnt. Die Richtlinien, nach denen der „Weltbund“ arbeiten soll, und vor allem die stark ausgeprägte Zielvorgabe, die Warschau des Volksguppen gegenüber beanprucht, vertragen sich nicht mit der besonderen Lage und dem stark ausgeprägten amerikanischen Bürgersein der dortigen Polen. Der Führer der amerikapolnischen Delegation, S. M. Lick, begründete vor dem Kongreß die Ablehnung u. a. mit folgenden Worten:

„Wir können unsere Institutionen in Amerika nicht unmittelbar in rechtliche und moralische Abhängigkeit bringen. Wir würden uns damit außerhalb der amerikanischen Gesellschaft stellen und würden uns in rechtlicher Hinsicht mehr oder weniger von ausländischen Institutionen abhängig machen. Wir sind vor allem Amerikaner und dann erst Polen. Wir müssen mit dem Lande, dem wir alles verdanken, einen ehrlich-verantwortlichen Weg einschlagen. Wir haben keinen Grund, mit Amerika zu brechen und eine polnische Kolonie auf dem Gebiete der Vereinigten Staaten zu errichten. So aber würde unser Beitritt zum Weltbunde ausgesetzt werden. Wir wollen Amerika nicht unbedankbar sein. Dank unserer eigenen Lässigkeit und Energie finden sich heute Polen, die amerikanischen Bürger sind, in hohen politischen Stellungen. Sie sitzen im Kapitol in Washington, sind Mitglieder der Legislative, haben Stellungen als Bürgermeister, Richter und Justizräte inne. Sie haben keinen Grund, sich heute für eine polnische Institution zu erklären, wenn das zum Verlust ihres Einflusses und ihrer Stellungen führen kann. Die hundertprozentigen Amerikaner leben uns, völlig mit Recht, für Amerikaner an und rechnen entsprechend mit uns. Wenn wir heute erklären würden, daß wir Mitglieder einer überseeischen Institution sind, welche im Verhältnis zu Amerika als Weltverband betrachtet werden dürfte, so würden wir allen unseren bisherigen Einflüssen verlieren und so würden in das frühere Schicksal zurückkehren müssen.“

Diese Verhältnisse der amerikanischen Polen gegenüber dem Gedanken eines Weltbundes der Polen hat in Warschau Aufsehen und Befürzung erregt. Es ist in der Tat ein starker Schlag gegen den Weltbund-Gedanken, wenn sich die härteste und tüchtigste auslandspolnische Gruppe, die allein mit mehr als die Hälfte aller Auslandspolen umfaßt, von einer Teilnahme ausschließt.

## Die „proletarische Emigration“.

Reicher durchführbar ließe sich der Warschauer Führungsanspruch gegenüber den anderen auslandspolnischen Gruppen, die entweder zahlenmäßig zu gering sind, oder die Rückdeckung am Heimatland erheben zu können, oder aber typisch proletarische Emigrationsgruppen darstellen, die wirtschaftlich schwach und kulturell unentwickelt ohne ausreichende eigene Führerschaft bestehen. Das ist vor allem bei den Polen in Südamerika, aber auch bei den polnischen Arbeitermengen in Frankreich und Belgien, selbst bei den Polen in der Tschechei und in Deutschland der Fall. Aber die letztere Gruppe hat der Vorstands des Verbandes der polnischen Schulvereine in Deutschland, Szejpaniak, nach der „Gazeta Warszawska“ vom 8. August, 2. D. folgendes gesagt: Die polnische Bevölkerung im Reich besteht vorwiegend aus Landarbeitern und Handwerkern; eine gebildete polnische Schicht gebe es hier eigentlich nicht. Denn man jähle kaum 100000 in der Zahl der polnischen Arbeiter. Und von diesen seien nur wenige in freien Berufen tätig. Das Organisationsleben der Polen in Deutschland müsse sich daher auf das einfache Volk, das Proletariat, stützen; und es ist bezeichnend, daß 90 v. H. der der Genossenschaftsbewegung führenden Männer einfache Bergarbeiter oder andere Arbeiter seien, die niemals polnische Schulen besucht hätten, „Autodidakten voll Glaubens an das polnische Volk“. Diese „proletarischen“ Volksguppen sind, sofern sie überhaupt für die Volkstumsarbeit zu haben sind, einer Verunsicherung und Züchtung von staatspolitischer Seite naturgemäß eher zugänglich als die Polen in den Vereinigten Staaten. Es ist aber wohl auch hier noch mit mancherlei Schwierigkeiten zu rechnen.

„Der Führer und Reichskanzler ist die Verkörperung unseres nationalen Willens zur Verwirklichung unserer Gleichberechtigung und zur Sicherung eines Friedens in Ehre und Freiheit. Deshalb müssen wir alle geschlossen hinter ihn treten und zu dem Auslande zeigen, daß sein Wille und seine Forderungen mit denen des ganzen deutschen Volkes identisch sind. So kann jeder Einzelne am 19. August für Deutschlands Gleichberechtigung, Freiheit und Ehre eintreten.“

Jr. von Reutab.

## Frankreichs Vorkassoren.

Frankreich hat es eilig mit seinem Ostpakt. Es will ihn noch vor Beginn der nächsten Völkerversammlung, die im September stattfindet, unter Dach und Fach gebracht haben. Aber es hat sich bisher vergebens darum bemüht, Polen zu einer endgültigen Stellungnahme zu veranlassen. Ziemlich Scheitern für den Warthaulschen Paktorschlag außer Frankreich und Rußland nur Litauen und die Tschechien gewonnen zu sein. Dagegen bestehen bei Deutschland, Polen, Dänemark und Estland mehr oder weniger starke Bedenken. Was England und Italien anlangt, so scheint das vorhin angeführte, die selbst bekundete Uninteresse einer maßgebenden Zurückhaltung oder Gleichgültigkeit gegenüber zu sein. Paris bereitet sich wohl schon darauf vor, daß von Deutschland und Polen keine zumutbare Stellungnahme zu erhalten sein wird; und die Londoner „Times“ wollen wissen, daß man am Quai d'Orsay daran denkt, den Pakt ohne diese beiden Mächte, notfalls sogar nur zwischen Frankreich und Rußland, zum Abschluß zu bringen.

Während die polnische Presse fast durchweg mit bemerkenswerter Disziplin die außenpolitische Linie des Obersten Beck einhält und sich demgemäß auch in der Ostpaktfrage Frankreich gegenüber ablehnend oder zurückhaltend verhält, hat es der Außenpolitiker der Nationaldemokraten, Professor Stroncki, unternommen aus der Reihe zu tanzen und eine ganze Reihe von Ostpakt- u. d. h. für Frankreich, zu brechen. Stroncki gelangt zu der Frage ob der Pakt für Polen unannehmlich, vereinigen zu müssen. Man könnte, meint er, den Pakt nur dann als überflüssig bezeichnen, wenn man bereitwärtig wäre, die Sicherungen, die Polen bereits befristet, für ausreichend zu halten. Stroncki sagt: Die bisherigen Punkte Völkern mit Deutschland und Sowjetrußland bieten „für den Fall der Nichtinnehaltung keinerlei Sicherheit oder Bürgschaft“; gerade diese Punkte aber solle durch den Ostpakt, der die Verpflichtung zur gegenseitigen Hilfe enthält, ausgefüllt werden. Das ist ein „Argument“, das auch von bolschewistischer Seite, z. B. in einem Artikel des Sowjetischen „Nadek-Soboljow“, vorgetragen worden ist.

Die polnische Regierung hat schon wiederholt zu erkennen gegeben, daß die Polens Sicherheit durch die Nichtantrittspunkte mit den beiden großen Nachbarn für genügend gemährt sei. Er ist schließlich die Frage des nationalen Selbstvertrauens und des politischen Mutes, in der sich der Nationaldemokrat Stroncki von den Männern des Wladislaw-Dagars unterscheidet. Wenn er nach „Argumenten“ sucht, die für

einen Beitritt Polens zum Ostpakt zu sprechen scheinen, so tut er das lediglich nur deshalb, weil er die Möglichkeit einer selbständigen Außenpolitik Polens verneint, weil er sich als dogmenreuer Nationaldemokrat eine polnische Politik ohne Unterordnung unter das Diktat des Quai d'Orsay nicht vorzustellen vermag. Stroncki überfließt dabei eines, was von Oberst Beck schon lange erkannt worden ist, daß sich die Bedeutung Polens für Frankreich erheblich verringert hat, seitdem sich Sowjetrußland als Verbündeter Frankreichs aktiv in das Getriebe der europäischen Politik eingefügt hat, und daß demgemäß Polen auch aus diesem Grunde nicht mehr, wie es sich von seiner früheren Abhängigkeit Frankreich gegenüber freihalten kann. Denn es ist immer eine mißliche Angelegenheit, auf einen Staat angewiesen zu sein, von dem man selbst nicht ebenso dringlich gebraucht wird. Es ist durchaus nicht so, wie Stroncki meint, daß „das polnische Bündnis mit Frankreich durch den Ostpakt nur gestärkt werden“ könnte. Es ist im Gegenteil so, daß Frankreich zwar großen Wert auf den Beitritt Polens legt, daß Polen aber, wenn es erst einmal beigetreten sein sollte, im Rahmen des Paktsystems eine recht nebenfällige Position einnehmen würde. Denn nicht Polen, sondern die Sowjetunion wäre der eigentliche Partner Frankreichs im Osten.

Stroncki ist im Außenfeind der gegenwärtigen Außenpolitik Polens. Er nennt sich für einen politischen Kurs, an dessen Möglichkeit selbst Frankreich, dem er von Nutzen sein soll, zu weichen beginnt. Es kennzeichnet den Grad der politischen Entfremdung zwischen Frankreich und Polen, wenn man in Warshaw von dem bevorstehenden Rücktritt des französischen Völkstifters spricht. Caroze vertritt sein Land seit 1925 in der polnischen Hauptstadt; er ist seit dem Kriege eine der Hauptfiguren der französischen Ostpolitik. Er gehört zu denen, die für die Versailles Grenzbedingungen mit in erster Linie verantwortlich sind, und er hat in den ersten Nachkriegsjahren als Leiter der Abteilung des französischen Außenministeriums manchen bedeutamen Vertrag mit Polen zum Abschluß gebracht. Aber in letzter Zeit hat er seine Stellung in Warshaw offenbar überflüssig gefunden. Auch von französischer Seite wird gegen ihn der Vorwurf laut, daß er den Quai d'Orsay über die Entwicklung der Dinge in Polen unzureichend unterrichtet und so auch die Ansichten, die der Warthaulsche Ostpakt in Polen haben konnte, allzu optimistisch eingeschätzt hat.

## Ostland-Woche.

### Die Ernte in Polen.

Die Hoffnung, daß das Ergebnis der diesjährigen Ernte in Polen gegenüber der guten Ernte des vorigen Jahres nur um etwa ein Drittel geringer sein wird, dürfte sich kaum erfüllen. Zwar sind der lange anbauenden Trockenheit in der zweiten Jahnhälfte ausgiebige Regenfälle gefolgt, die eine Besserung des Saatenerfolges zur Folge hatten, aber in der zweiten Jahnhälfte traten schwere Unwettereinbrüche ein, so daß die Ernteaussichten sich wieder verschlechterten. Hierzu kommen noch die durch die Hochwasserkatastrophe in Belgolizien und in den Zentralwojewodschaften verursachten großen Entschädigungen. Die vorhandenen alten Betriebserrötre der Staatlichen Wirtschaftswirtschaft sind insofern Polen vorausichtlich gefolgt, auch im neuen Wirtschaftsjahr Getreide in üblichem Umfang wie im abgelaufenen Wirtschaftsjahr auszuführen, jama angelehnt der geringeren Ernte in den meisten Ländern die Absatzmöglichkeiten noch günstiger sind als im abgelaufenen Jahr.

Ganz allgemein ist auch in den ehemals deutschen Gebieten Polens die Ernte erheblich schlechter als in den vergangenen Jahren. Die Dürre hat im Ostpolen besonders lange angebauert. Frühe Hitze und späte Stöße in der Vegetationsperiode boten auf die schlechte Entschädigung des Getreides einen Einfluß, was der verringerte Verbrauch von Kunkelwägen, was in der Zeit der Dürre den Boden weniger widerstandsfähig machte. Im allgemeinen sind die Ergebnisse in den einzelnen Reichsteilen überaus verschieden. Man nimmt an, daß im ehemals deutschen Teilgebiet die Erträge mindestens um 25—30 v. H. niedriger sein werden als in den vorhergehenden Jahren.

### Die landwirtschaftliche Entschädigung in Polen.

Die „Gazeta Polska“ hat jetzt in einem Leitartikel die Richtlinien bekanntgegeben, nach denen die Entschädigung der polnischen Landwirtschaft durchgeführt werden soll. Darin werden die Mutmaßungen und Mitteilungen, die in der polnischen Presse über das landwirtschaftliche Entschädigungsprogramm in letzter Zeit schon erschienen waren, bekräftigt. Die Entschädigungsmaßnahmen werden nicht für alle landwirtschaftlichen Betriebe die gleichen sein. Sie werden von der Größe des Betriebes und von dem Grade der Verschuldung abhängen. Die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe (bis zu 50 Hektar) werden alle Entschädigungsbestimmungen voll genießen. Die Höhe der Verschuldung spielt dabei keine Rolle. Mittlere landwirtschaftliche Betriebe (bis zu 500 Hektar); in manchen Werken bis zu 1000 Hektar) werden nur in beschränktem

Maße die Wohlstand einer Entschädigungsaktion genießen, vorausgesetzt, daß ihre Verschuldung 75 Prozent des Schätzwertes nicht übersteigt. Die übrigen landwirtschaftlichen Betriebe werden an den Zuwendungen des Staatschatzes im Bereiche der Entschädigungsaktion nicht teilnehmen, sie werden dagegen die Möglichkeit haben, andere Einrichtungen der Entschädigungsgesetze zu genießen, sofern ihre Verschuldung nicht ein bestimmtes Höhe überschreitet. So werden landwirtschaftliche Betriebe über 500 Hektar (bzw. über 1000 Hektar) nicht über 50 Prozent des Schätzwertes verschuldet sein dürfen. Für Betriebe über 1000 Hektar (bzw. über 1500 Hektar) darf die Verschuldung nicht mehr als 40 Prozent des Schätzwertes, für landwirtschaftliche Betriebe über 2000 Hektar (bzw. über 2500 Hektar) nicht mehr als 30 Prozent betragen. Sind landwirtschaftliche Betriebe, die als übermäßig verschuldet gelten, werden besondere Bestimmungen über ein Liquidations- oder Vergleichsverfahren veröffentlicht werden. Die Schuldner werden die Möglichkeit haben, mit den Gläubigern Verträge abzuschließen, entweder im Wege der teilweisen oder vollständigen Liquidierung der Vermögenssubstanz.

### Rückgang der Viehwirtschaft in Polen-Pommern.

Wie aus Vordruckschriften mitgeteilt wird, ist der Viehbestand des ehemals deutschen Teilgebietes in letzten Jahren, sowohl was die Zahl wie auch die Qualität des Viehs betrifft, stark zurückgegangen. Diese Ursache ist das schlechte Ertragsvermögen der Viehwirtschaft im Ankauf von Kraftfutter, schlechter Ertrag bei Futtermittelernte wie auch die Unrentabilität der Viehwirtschaft infolge zu geringer Preise für Milch und so weiter.

## Alle Macht dem Führer!

Er ist der Mann, in dem das Fronterlebnis eine Weltanschauung reifen ließ, die die Grundlage für alle neuen Geschichte ist. Er hat durch seine Taten und durch sein Leben bewiesen, daß er die Verkörperung alles Guten im deutschen Menschen ist. Er tut nichts für sich und nichts für den Augenblick, sondern alles für Deutschland und alles für die Zukunft seines Volkes. Er ist wirklicher Führer.

**Darum: Ja! am 19. August**

## Bereza Kartuska.

Nach Meldungen der Warschauer Presse sollen die politischen Gefangenen, die im Gefängnislager Bereza Kartuska in Wolhynien untergebracht sind, nach dreimonatiger Haft entlassen werden. Wenn sie sich einmündig geföhrt haben, während Angehörige der nationalpolitischen, der kommunistischen und der sozialistkatholischen Bewegung in einer Gesamtkolonie von etwa 250 Personen leben dort unter sehr harten Bedingungen, völlig von der Außenwelt abgeschnitten. Sie werden vormalig beim Weggang beschäftigt. Unter den dort gefangengehaltenen Angehörigen des nationalradikalen Flügels befinden sich zahlreiche jüngere Akademiker, darunter u. a. angehende Rechtsanwälte. Die Stimmung weitet Kreise, namentlich der städtischen Intelligenz, richtet sich um so schärfer gegen die weitere Unbefristung dieses Teiles der Gefangenen, als die Schullosigkeit der nationalpolitischen Bewegung an der Ermordung Pietrackis als erwiesen gelten darf. An der Oppositionspresse werden mancherlei politische Dinge über die Zustände im Lager von Bereza Kartuska berichtet. Katastrofe ist ebenfalls im Teil der Lagerinsassen in den Hungerstreik getreten ist, um die Freilassung zu erzwingen.

Bereza Kartuska ist ein elendes Nest von 4500 Einwohnern in Polenien, unweit der sowjetrussischen Grenze, mitten in der tiefsten Sumpflandschaft gelegen. Einmal am Tag kommt von Wlask ein Personenzug. Das Städtchen ist vormalig von Juden bewohnt. Das ungeschriebene Gesetz für Bereza Kartuska lautet — völlige Isolierung. Zwei polnische Journalisten, die verurteilt, bis zu den Hänglingen vorzuführen, mußten unerröschter Dinge zurückbekommen. Jeder Fremde, der ankam, wird genau beobachtet und dann wohl auch vorfichtlich beobachtet. Der Aufmerksamkeits der 200 Wollisten, die zur Bewachung der Hänglinge zusammengezogen wurden, entgeht keine Maus. Der Befehl des Kommandanten Gressler ist oberstes Gesetz. So weiß die polnische Öffentlichkeit bis heute von dem ersten polnischen Konzentrationslager nicht viel. Es ist in ehemaligen Militärbaracken untergebracht, die mit einem hohen Stacheldrahtzaun umgeben sind. Die Hänglinge werden zu Erdbarbeiten herangezogen, sie müssen Wälder roden und Straßen bauen. Die Arbeitszeit beträgt 10 bis 12 Stunden. Die Verpflegung ist dürftig. Das Budget stellt für die Verpflegung einen Tagesbetrag von 28 Groschen oder 14 Pfennig pro. Lebensmittelpakete, die nach Bereza von den Angehörigen der Internierten geschickt werden, kann zurück mit dem Vermerk „Annahme verweigert“. Man hat den Hänglingen ihre Zivilkleidung belassen, in denen sie auch zur Arbeit antreten. Das ist alles, was man von Bereza weiß.

## Kongress der „katholischen Wissenschaft“ in Polen.

In den Tagen vom 28. bis 30. August findet in Polen der Internationale Kongress der Christlichen oder christlichen Philosophie statt, dessen Verhandlungen in erster Linie den Moral- und Sozialproblemen der Gegenwart gewidmet sein werden. Vom Polenkongress haben ihr Erscheinen auch katholische Gelehrte des Auslandes zugesagt. So wird der bekannte Dominikaner P. Gergiou-Vergara vom Kollegium Angelicum in Rom über die Lehre des St. Thomas von Aquino sprechen. Der Kongress ist die erste Veranstaltung dieser Art seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens. Er wird wohl Meinung der polnischen Presse zur Propaganda für Polen und seine Schickung im Auslande beitragen.

## Zahl der Gottesdiener in Polen.

Insgesamt besitzen alle Bekenntnisse in Polen 14 111 Gottesdiener. Die katholische Kirche besitzt 5918 Priester und Kapellen oder durchschnittlich eine Kirche auf 3920 Einwohner. Die Bevölkerung des griechisch-katholischen Bekenntnisses (in der Hauptsache Ukrainer) verfügt über 3151 Kirchen. Durchschnittlich entfallen also auf ein Gotteshaus 1145 Gläubige. Wie aus dieser Zusammenstellung hervorgeht, besitzen die Katholiken des griechischen Ritus bedeutend mehr Kirchen als die römischen Katholiken. Die Orthodoxen besitzen in Polen etwa ein Drittel aller Kirchen auf 1644 Einwohner. Die Zahl der protestantischen Kirchen in Polen beträgt 827, d. h. auf 1644 Evangelische kommt ein Gotteshaus. Die Juden haben in Polen 1067 Gottesdiener, die Marjaniten, Baptisten, freie Reformierte usw. besitzen insgesamt 78 Gottesdiener, die Mohammedaner haben 16 Moscheen zu ihrer Verfügung. Die Sekte der Karaimen, die hauptsächlich in der Gegend von Wilna und Troki wohnen, zählt kaum vier Gottesdiener.

## Polen und die Juden.

Das New Yorker „Jewish Daily Bulletin“ veröffentlichte nach der „Goyeta Polska“ mehrere gegen die polnische Judenpolitik gerichtete Artikel. Es heißt darin, daß die Regierungspartei, die Nationaldemokraten und die sozialistische Partei in Polen gleichermassen antijüdisch eingestellt seien. Die polnische Regierung sei auf den wirtschaftlichen Ruin der Juden eingestellt. Die Regierung sei nur wegen der Ermordung des Innenministers Pietracki gegen die Nationalradikalen und deren Programm vorgegangen. Sie besitze die Macht, den Antisemitismus zu verbieten, doch rechne sie mit den Nationaldemokraten und bulde deren jüdenfeindlichen Programm. Während der letzten Ausbreitungen, heißt es in dem Judenblatt weiter, habe sich eine Abordnung der Juden

des Regierungsbloks an Oberst Slawek mit der Bitte um Schutz gemahnt. Slawek soll jüdisch erwidert haben: „Ich kann nichts tun. Die Juden sind auf der ganzen Welt verachtet.“ Auf diese Worte sei einer der Delegierten ohnmächtig geworden. Die Atmosphäre sei in Polen durch die Eier nach jüdischem Blut angefüllt. Die polnischen Juden befänden sich in direkter physischer Gefahr. Ein Schutz von Seiten der Behörden ist nicht vorhanden. Schließlich wird die Entsendung einer Kommission nach Polen und die Anfertigung einer Aufstellung der antijüdischen Gesetze gefordert.

Die nationaldemokratische „Goyeta Polska“ meldete sich in einem Artikel dagegen, daß auf den freigeordneten Posten eines der drei Vizepräsidenten (Bürgermeister) der Stadt Krakau ein Jude gewählt werden soll. Das freigeordnete Amt müsse nach dem Tode seines bisherigen Inhabers, des Juden Dr. Pandan, neu besetzt werden, und die bisher vorgeschlagenen Kandidaten seien ebenfalls Juden. Auch der Oberbürgermeister von Krakau sei ein Jude: Mieczyslaw Kaplicki, der noch vor kurzem Moses Kapellner geheißten habe und zum Katholizismus übergetreten sei.

## Wieder ein deutscher Lehrer verhaftet.

Nachdem erst kürzlich der Leiter der von etwa 800 Kindern besuchten staatlichen deutschen Volksschule in Bromberg, Paul Jendryke, ohne Angabe von Gründen an eine kleine polnisch-jüdische Schule in Kongreßpolen verhaftet worden war, wurde jetzt auch der langjährige Leiter der deutschen Schule in Niedermorow (Miesocin) im Kreis Birnbaum, Bach, der zuletzt Lehrer der deutschen Abteilung der Schule in Zirke war gleichfalls an eine polnische Schule in kongreßpolnischen Kreise Pulawy verhaftet. Bach hat seit 1922 ausschließlich an deutschen Schulen des Kreises Birnbaum unterrichtet; er hat stets zur vollen Zufriedenheit der Schulaufsichtsbehörden gemerkt. Die deutsche Schule in Zirke, die im vergangenen Schuljahr von 75 deutschen Kindern besucht wurde, soll aufgelöst werden. Bach hat vier schulpflichtige Kinder, die nun im neuen Wirkungskreis ihres Vaters, in rein polnischer Umgebung, keine Gelegenheit haben, ordnungsgemäß eine deutsche Schule zu besuchen. Die Verhaftung ist ohne Angabe von Gründen erfolgt.

## Jugendpflieger Mielke vorübergehend festgenommen.

Am 10. August wurde der Jugendpflieger Friedrich Mielke in Warschau verhaftet. Die Festnahme erfolgte in den Geschäftsräumen der deutschen Abgeordneten- und Senatsrat. Nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft sollte Mielke auf Grund seiner Verurteilung im Pfadfinderprojekt jetzt eine zehnjährige Gefängnisstrafe verbüßen. Ein Gehalt um seine Freilassung wurde dahin gemeldet, daß der Termin des Straftraktats vorerst auf den 31. Oktober d. J. festgesetzt wurde.

## Deutsche Hilfe für die Hochwasser-Geschädigten.

Die Reichsregierung hat durch Vermittlung des deutschen Gesandten in Warschau dem Zentralhilfskomitee für die Hochwasser-Geschädigten mitteilen lassen, daß die 10 420 Emalligehirre für den Hochwasserbau, 1000 lackierte Stahlfestern mit Verbrennmotoren und 2400 Werkzeuggeräte zur Verfügung stellt. Die gesamte Leistung umfaßt 4 bis 5 Waggons.

## Bodenraub im Hultschiner Ländchen.

Zur Beurteilung der Lage im Hultschiner Land liefert ein Joeben in der einflussreichen sibirischen Zeitung „Libode Koozin“ in Brinn erscheinender Bericht einen sehrreichen Beitrag. Der Berichterstatter wirft darin vor allem einen Rückschlag auf die Bodenreform, die im Hultschiner Gebiete von im ganzen 14 258 Hektar Rohraundbesitzeren nicht weniger als 12 800 Hektar zerstört habe. Allerdings seien in diesem besagten Gebiete, der vor allem im Besitz der Fürsten Cichomsky und der Reichthilfsland, 5825 Hektar, insbesondere Waldbesände, den Vorbesitzern wieder zurückgegeben worden, doch seien immerhin 3342 Hektar an Kleinpächter vergeben und 25 größere „Restgüter“ neu gebildet worden. Wer bei der Zuteilung der Restgütervergebenen in der Siedeholonakel üblichen politischen Gespinnungen kennt, weiß, was diese Vorgänge im nationalpolitischen Sinne zu bedeuten könnten. Auch unter den 3600 Kleinholdern, die sich in einen Gesamtblaub von nicht einmal gleichviel Hektaren zu teilen hatten, dürfte das deutsche Element nur sehr spärlich vertreten sein. Dennoch ist den sibirischen Hochwasserforschungen auf diesem Gebiet offenbar noch immer nicht Genüge geschehen, denn der erwähnte Artikel macht recht unüberblümt darauf aufmerksam, daß in diesem Herbst eine Revision der bestehenden Pachtverträge vor allem im politischen Sinne erfolgen werde, bei welcher Gelegenheit denselben, welche sich „staatsfeindlichen Handlungen und Agitationen“ selbstig ermahnt hätten, die Pacht entzogen werden würde.

**Wir reichen jedem deutschen Menschen die Hand.  
Wenn uns aber die heutige Zeit widersteht, dann werden die braunen Bataillone den letzten Widerstand brechen.** Wolf Hütter

## Überfall auf einen Deutschen.

Der Leiter der Ortsgruppe Witkum der Jungdeutschen Partei, Schwocha, wurde von dem polnischen Kamrat überfallen und mißhandelt. Schwocha befand sich auf dem Heimweg von Michalkowitz nach Witkum. Plötzlich kam Kamrat, der in der ganzen Umgegend von Michalkowitz als gefährlicher Raubrauber bekannt ist, heran und verprügelte dem S. mehrere Faustschläge ins Gesicht mit den Worten: „Du deutsches Schwein gehörst nach Deutschland.“ Schwocha begab sich sofort in ärztliche Behandlung und meldete den Überfall der Polizei in Michalkowitz, die eine Untersuchung einleitete. Kamrat, der sich bereits öfter durch ähnliche Schlägereien „herorgetan“ hat, flüchtete nach der Tat.

## Wölflicher Sozialismus.

Einen schönen Beweis sozialistischer Hilfsbereitschaft hat die Jungdeutsche Partei für Polen erbracht. Ihrer Anregung folgend, haben deutsche Bauern in Polen und Pommern, die sich zur Jungdeutschen Bewegung bekamen, 250 Kinder arbeitsloser deutscher Eltern aus dem Rotgebirge Ostpreussens für mehrere Wochen bei sich aufgenommen. Es war das erstmal, daß die Deutschen aus einem Gebietsteil Polens sich in dieser großzügigen Weise der Volksgenossen aus einem andern Gebietsteil angenommen haben. Diese tätige Hilfsbereitschaft der Polen und Pommerner beweist, daß sie so begrüßenswerter, als die Leute von sonst. Jungdeutschen in Polen die von den Jungdeutschen ererbte Einigung der Deutschen aus allen Teilen Polens durch fortgesetzte Angriffe auf die „landfremden Elemente“ aus Zieltz zu sabotieren befreibt sind.

## Staatspräsident und Wissenschaftler.

Die Warschauer Stadtverordneten hat beschlossen, im Kinderkrankenhaus „zum Kindlein Jesu“ und in der Universitätsklinik die vom polnischen Staatspräsidenten Prof. Moficki erfundene Einrichtung zur Erzeugung künstlicher Höhenluft in Verbindung mit künstlicher Höhenföhne durchzuführen. Die Kosten sind mit 200 000 Zł. veranschlagt. Moficki ist nicht nur Staatspräsident, sondern auch ein hervorragender Wissenschaftler und als solcher der Anbaber der meisten „Datene“ in Polen.

## Die Ferienlager für Ausländer.

Das polnische Unterrichtsministerium veranstaltet seit einigen Jahren Ferienkurse für Ausländer über polnische Kultur. Diese Kurse finden, wie der „Justiz. Kurj. Coby“ berichtet, wachsenden Anklang: 1931 wurden bei von 21 Hörern besucht, 1932 von 31, 1933 von 46 Hörern, und in diesem Jahre haben 60 Personen an ihnen teilgenommen. Unter diesen Teilnehmern befanden sich 24 Amerikaner

(meist Polen), 12 Franzosen, 4 Tschechen, 3 Ungarn, 3 Deutsche, ferner 3 Polinnen aus Holland und Venedig, eine Italienerin, eine Dänin usw. Von den drei Deutschen kamen zwei aus dem Reich, der dritte „Deutscher“, ein ehemaliger Mitarbeiter der „Wosjischen Zeitung“, kam herausgegeben von „Der Tagebote“ ist. Es wäre auf, wenn das Krakauer Blatt mit der Bezeichnung „Deutscher“ etwas vorlichtiger und rückwärtszoller umgehen würde.

## Begleitet von Deutschland.

Das Warschauer Abendblatt „Dobry Wiecior“ brachte einen ausführlichen Bericht eines polnischen Teilnehmer aus der 2000-Kilometer-Fahrt durch Deutschland, der sich über die Organisation und den Verlauf dieses großen sportlichen Ereignisses sowie über die deutschen Verkehrsstraßen geradezu begeistert äußerte. Er sagte u. a.:

„Die durchschnittliche Gehwindigkeit für unsere Kategorie betrug 66 Stundenkilometer, d. h. daß ich häufig 80 Kilometer fahren mußte. Bei uns in Polen fährt man 45 Kilometer, und das ist schon viel; in Deutschland kann man aber diese vorgeschriebene Maß-Zeit nicht als zu hoch bezeichnen. Man fährt die ganze Zeit über Asphalt oder glatten Grant und weiß nichts von Steinen, Erbsenbütteln, gewässelten Straßen, unvorposten Rinnhöfen. Durch ganz Deutschland fuhr man wie durch die Marjalkomplakstraße. Alle 150 Meter fand am Schaulerand ein SZL-Mann; alle Kreuzungen waren bemerkt, der Wagenverkehr gelichtet; alle 2 Kilometer befand sich ein Verkehrsplatz mit Bahnen und Apotheke; die Kurven waren weit voraus mit riesigen Pfeilen aus rotem Glas gekennzeichnet; in den Städten waren an schwarzen Kurven die Außenwände der Häuser mit Matten überklebt — kurz, die Organisation war von einer Art, daß man nicht nur keine Vergleichs mit unserer haben kann, sondern sich überhaupt nicht vorstellen kann, daß etwas dergleichen möglich ist. . . . Ich brauchte die Suppe auf der ganzen Strecke kein einziges Mal in Gebrauch zu nehmen; ich bemerkte auch kein einziges Stuhl oder eine Rahn, die mir über den Weg gelauten wären. Eine solche Strecke habe ich tatsächlich noch nicht gesehen. . . . Und die Empfangs konnte nicht gelieblicher sein. Man gab uns kostenlos: Hotel, Unterhalt, Benzin bis zur Grenze. Die, sogar die Beförderung. . . . Wenn wir tanken mußten, fragte man an eine Benzinstation heran, und schon gab man uns Benzin, suchte nach der Art der gebrauchten Öle, erstichte uns das Gesicht mit Kölnisch-Wasser. . . . Am 12. August findet bei uns die alljährliche Fahrt Warschau—Wilsna—Warschau über 1000 Kilometer statt. Ich habe die Deutschen eingeladen, sie sollen auch kommen. Ich fürchte nur, daß wir uns nicht werden reorganisieren können, sowohl in bezug auf die Selbstfreundlichkeit, als auch auf eine so ideale Organisation der Fahrt.“

## Wieder Streit um Zyrardow.

Die Einigung, die kürzlich im Fall Zyrardow zwischen den polnischen und französischen Aktionären zustande gekommen ist, hat in Polen wenig befriedigt. Die Presse hat ihre Angriffe gegen den französischen Hauptaktionär der Zyrardower Textilwerke, Bouffar, mit unermünder Heftigkeit fort. Die offiziöse „Gazeta Polska“ nennt den abgeschlossenen Vergleich einen „rüdigen Vertrag“. Bouffar habe sich die Rechte der polnischen Aktionäre nicht für ein Verzicht, sondern für ein „überlieferndes Würchen“ verschaffen lassen. Der Halsabschneider habe verschrieben, etwas aus dem gestohlenen Besitz herauszugeben, um an den Verhandlungstisch zu gelangen. Selbst auf einen zur Verteidigung Bouffars verschuldeten diplomatischen Druck müßte erklärt werden, daß Bouffar ein raffinierter Halsabschneider ist, der auf die Anklagebank des polnischen Strafgerichtes gebäre. Der Streit um Zyrardow ist also noch nicht beendet. Neue Maßnahmen von polnischer Seite rufen jedoch auf Veranlassung der Untersuchungsrichters in den Wohnungen der französischen Direktoren der Zyrardow-Werke Hausdurchsuchungen vorzunehmen worden. Gegen Bouffar, den Hauptaktionär, einen französischen Juden, ist ein Strafverfahren im Gange. Der Generaldirektor der Werke, ein Franzose, ist unter Polizeiaufsicht gestellt.

Der Streit um Zyrardow hat jetzt ein zweites Menschenleben gefordert. Von zwei Jahren wurde der französische Generaldirektor der Werke in Warschau auf offener Straße von einem entlassenen Angestellten erschossen. Jetzt hat der bekannte polnische Wirtschaftspolitiker Alexander Lednicki Selbstmord verübt. Lednicki, ein angesehener Warschauer Rechtsanwalt und bedeutendes Mitglied des Regierungsklubs, hat seinem Leben dadurch ein Ende gemacht, daß er sich auf dem Fenster seiner Wohnung auf die Straße stürzte, wo er mit schweremmettem Schädel liegen blieb. Der

Grund zu dieser Tat ist in den heftigen Angriffen zu suchen, die von seiten der polnischen Presse gegen ihn als einen der Hauptverbreiter des zwifchen der polnischen und französischen Aktionärsgruppe der Zyrardower Werke abgeschlossenen Vergleichs gerichtet wurden. Diese Angriffe haben den 63jährigen, sehr ernstniedrig, daß er keinen anderen Ausweg mehr zu leben glaubte. Lednicki war vor dem Kriege als Anwalt in Moskau angesetzt, er gehörte zu den rühmlichsten polnischen Führern in Rußland; 1905 jag er als Abgeordneter der Rabettenpartei in die Petersburger Duma ein. Während des Krieges folgte er dem Ruf aus der Linie der Piiljudjischen Politik; vom Warschauer Regimentsrat, der noch während der deutschen Besetzung gebildet wurde, wurde er zum diplomatischen Vertreter bei der Revolutionärregierung in Moskau ernannt. Nach dem Kriege mußte er seine politische Tätigkeit in großen Drosseln gegen die nationaldemokratischen Vormirre und Verleumdungen verteidigen. Er spielte dann in der Regelung wirtschaftlicher Fragen dieselbe eine führende Rolle. So war er an der Beschaffung ausländischen Kapitals für Polen maßgeblich beteiligt. Er trat häufig in schwierigen wirtschaftlichen und politischen Fällen vermittelnd hervor. Er war der Lip des Politikers, der aus jeder Klemme durch eine Kompromißlösung herauskommen verstand. Und so verlor er auch jetzt, den Konflikt in Zyrardow durch ein Kompromiß aus dem Wege zu räumen. Daran ist er gescheitert. Das ist kein Zufall. Die Zeit der Männer, zu denen Lednicki gehörte, ist heute vorbei. Es ist nicht Lednicki allein, sondern die politische Methode und Denkungsart des Liberalismus, die an Zyrardow gescheitert ist.

# Am 19. August gibtes nur eine Antwort: Ja

## Der Streik von Escarpelle.

Am 6. August weigerten sich im Stollen Nr. 10 des Bergwerks Escarpelle bei Lens in Frankreich 200 polnische Bergleute, ihren Arbeitsplatz zu verlassen. Sie durchschritten die Dicht- und Sicherheitsvorrichtungen und nahmen ihre französischen Kollegen gefangen. Anlässlich diesem Zwischenfall war ein Befehl der Bergwerksdirektion, die polnischen Bergleute, die nur kurzem an einem Streik teilgenommen hatten, zu entlassen und aus Frankreich ausweisen zu lassen. Die Arbeiter waren ohne Lebensmittel. Die Bergwerksdirektion versuchte mit Hilfe eines Polizeiaufgebotes, die Streikenden von weiteren Unfallschicksalen abzuhalten, und erklärte sich schließlich für Verhandlungen bereit; doch verblieben diese Verhandlungen ergebnislos. Erst am folgenden Tage wurde der Zwischenfall beigelegt. Man kam zu einem Abrechnen, nach dem die noch den Bergarbeiten in den Stollen als Geleiten eingeschlossenen vierzig französischen Bergarbeiter wieder freigegeben wurden, während die Polizei die Aufhängerreste löste, die sie um den Stollen und den Streikenden gebildet hatte. Darauf verließen die polnischen Arbeiter den Stollen.

Wichtig ist ihnen nicht nur darauf ausgemienelt worden; sie hatten Frankreich binnen drei Tagen zu verlassen. Der Fall Escarpelle hat jedoch in Frankreich nie in Polen allgemeines Aufsehen erregt. Die polnischen Arbeiter sind sich bewusst, dass die polnischen Bergleute gegen die Polen. Sie befehrt sich über den „unpardonablen Schmutz“, der den französischen Arbeitern gegenüber den ausländischen Arbeitskräften tut. (Die Streikenden Polen hatten eine größere Anzahl französischer Arbeiter unter Tage festgehalten.) Die nationalen Frontkämpferorganisationen protestieren gegen den „Missbrauch der französischen Gewalttätigkeit“ durch die Polen. Die linksgerichteten

französischen Gewerkschaften verlangen die energische Säuberung des Arbeitsmarktes von der Entlassung der landstammigen Arbeitskräfte. Die nationalen Kräfte beschimpfen die polnischen Arbeiter als „kommunistisches Gefindel“, die Linkskräfte haben in ihnen eine „faschistische Gefahr“. Die polnische Presse ist durch diese allgemeine Polenfeindschaft in Frankreich beunruhigt. Sie rechnet damit, daß demnächst über 6000 polnische Arbeiter aus Frankreich abgehoben werden; damit würde sich die Zahl der in diesem Jahre aus Frankreich ausgemienelten Polen auf 12 000 erhöhen. Der Krakauer „Justy Coby“ bemerkt zu dieser neuen antipolnischen Aktion der Pariser Regierung: „Diese Leute sind nicht aus eigenem Entschluß nach Frankreich gekommen. Sie wurden vielmehr durch französische Agenten angeworben. Die Franzosen haben selbst zu, daß die Entdeckung der Gruben in den französischen Nordbergwerken größtenteils den polnischen Arbeitern zu danken ist. In landwirtschaftlicher Arbeit haben es die polnischen Emigranten verstanden sich in Frankreich anzusiedeln und sich dort häuslich einzurichten. Die Ausgemienelten befinden sich in einer traurigen Lage. Die Gruben bezahlen ihnen die Teile und den Transport von Gepäck bis zu 30 (früher bis zu 100) Kilogramm. Die Polen sind gezwungen, alle ihre Habseligkeiten zu verkaufen.“ Es bleibt ihnen

## Gragnycki gegen Pleß.

Prinz von Pleß hat sich am 7. August erneut mit dringlichen Beschwerden an den Rat des Fürstentums gemeldet. Es heißt darin:

„Die Steuerbehörden lassen meine befrachten, in den Petitionen ermahnten Angebote noch immer unbeantwortet. Diese Angebote geben dem Fürsten volle Garantie. Die Behörden geben keine Antwort auf meine Ersuchen, anzugeben, welche Beträge zu zahlen wären, um die Zurückführung der Befehlshabenden zu erlangen. Sie übergeben in Stillschweigen die Möglichkeit einer normalen Regelung und setzen ihre Anstandsmaßnahmen fort und verschärfen sie sogar. Sie haben bisher keine einzige der beschlaggenommenen Sammen freigegeben. Am 4. August sind sie außerdem zu neuen Pfändungen von Barmitteln und Sortierungen übergegangen, und zwar

1. rund 800 000 Jloty bei der Eisenbahnverwaltgung für Kohlenlieferungen,
2. rund 300 000 Jloty bei Privatfirmen für ähnliche Lieferungen,
3. 30 000 Jloty für bereits verkauftes Getreide, das somit der Verwaltung nicht mehr gehört,
4. hat man Blumen auf den Gartenbeeten gepfändet,
5. eine Versteigerung zum Verkauf des Schloßmobiliars und von Holzporträts für den 10. und 11. August angelegt.

Die Löhne für die Arbeiter für den Monat Juli konnten nur bis zur Höhe von 16 Prozent gezahlt werden, wegen der Gehälter der Angestellten für denselben Monat noch gänzlich im Rückstand sind.“ Dieser neuen Eingabe an den Fürstlichen Brauch nicht viel hinzuzufügen zu werden. Die Verärgerung des Fürstlichen Brauchers Gragnycki ist immer offenkundiger. Der Fürstlichen Brauch ist untätig zu. Er empfindet mehr das Bedürfnis, seine Vorgesetzten durch irgendwelche sinnvolle Aktivitäten zu bereisen.

Die „Rattomischer Zeitung“ brachte einen Bericht über die Versteigerung der Einrichtung des fürstlichen Schlosses in Pleß. Der besorgte Verärgerungsdrang, durch den der ganze Gragnyckische Steuerfiskus gegen den Fürsten und Pleß gekennzeichnet ist, ist bei der Versteigerung der wertvollen und oft Seltenheitswert besitzenden Einrichtungsgenstände des Pleßschen Schlosses besonders kraft zum Ausdruck gekommen. Die Art, in der einparteiige Kolonialisten an die großen und kleinen Ausgieße, die sich zu solchen Versteigerungen einzufinden pflegen, verarmt worden sind, ist eine Kulturgeschichte, für die sich das polnische Volk bei dem Aufstandsvorgängen bedanken kann. In dem Bericht der „Rattomischer Zeitung“ heißt es u. a.:

„Bei der Abschätzung ist man ziemlich summarisch vorgegangen, ohne den Sammlerwert vieler Kunstgegenstände zu berücksichtigen. Da ich beispielsweise im Besitz eines über zwei Meter hohe prächtige chinesische Vase, deren Kaufpreis 3000 taufend Goldmark betrug und deren Liebhaberwert sich seither über noch erhöht. Im Schätzungsverzeichnis ist sie mit 1500 Jloty angeführt. Allgemeines Interesse erweckt ein rundes Eisenblech, in dessen Platte eine Silberfalle eingelassen ist: Großes Hauptquartier 1915. Um die Platte läuft ein zehn Zentimeter breiter abstehtiger Ring, auf dem die Unterchriften Kaiser Wilhelms II., Hindenburgs und der anderen Heerführer des Großen Hauptquartiers eingraviert

sind. Man gibt durch Zimmerfluchten, die eine Kolonialität neben der anderen bergen. All das wurde ursprünglich auf 45 000 Jloty geschätzt. Erst als der Prinz einen Sachverständigen kommen ließ, der auch den Silberwert dieser Gegenstände feststellte, erhöhte das Finanzamt die Schätzungssumme auf 104 000 Jloty. Zur Versteigerung selbst wurden nur Leute zugelassen, die mindestens 50 Jloty vorweisen konnten. Man glaubte noch bis zum letzten Augenblicke, daß die Versteigerung abgelehrt werden würde, denn in einem Zimmer verhandelte noch die Generaldirektion mit den Beamten des Pleßer Finanzamtes über die Aussetzung der Versteigerung. Gegen 11 Uhr aber gab der Leiter des Finanzamtes bekannt, daß es zu keiner Einigung gekommen sei und daß die Versteigerung beginne. Dann ging es ins Schloß, wo ganze Zimmereinrichtungen, Teppiche, Bilder, Gobelins und die kostbaren Gewebefammlungen zum Verkauf standen. Auf den Namensschildern der Jäger, die an den Geweißen angebracht waren, las man die Namen früherer Fürsten, des Kaisers, Hindenburgs und anderer bishorlicher Persönlichkeiten. Die überaus umfangreichen und wertvollen Waffensammlungen wurden nicht versteigert.

Anfangs bot kaum jemand etwas für die ausgesetzten Gegenstände. Es sah fast aus, als scheute sich jeder, zuerst zu bieten. Dann kamen einige wertvolle Einzelfstücke, Renaissance- und Barockstücke, Diane usw., auf die es die Händler abzugeben hatten. Jetzt gingen die Preise schnell in die Höhe, denn um manches Stück setzten einzelne Händler lange Zwickkämpfe aus. Unter den Käufern war auch Graf Hohberg aus München, der die wertvollsten Gegenstände, besonders die Gewebefammlungen und anderes, was historischen Wert für die Familie besitzt, aufkaufte. Allerdings mußte er manches Stück an die Händler gehen lassen, die immer schneller und immer höher boten. hatten die Käufer anfangs nur überdacht an der Versteigerung teilgenommen, so schien es jetzt, als wenn jeder Angst hätte, ein wertvolles Stück könnte ihm entgehen. Manche Händler kauften zum Schluß in Eile und Bogen, ohne die Gegenstände erst vorher anzusehen. Im ganzen genommen, gingen die versteigerten Sachen weit unter ihrem tatsächlichen Wert weg. Von der Pleßer Bevölkerung beteiligten sich erstrecklicherweise nur zwei, drei Käufer an der Versteigerung, und einer von ihnen soll dabei noch ein sehr schändliches Geschäft gemacht haben. Er kaufte ein altes Klavier, das er weit über dem Preis bezahlte. Es gab viel schadenfrohe Gesichter unter den Leuten, die von dem Reinfall ihres Mitbürgers hörten.“

## Am 19. August: Ja!

In der Grobarbeit und Klarheit seiner wirtschaftlichen Gedankengänge liegt das große Geheimnis des Erfolges der Wirtschaftspolitik junger Führer. Wenn wir durch die Schwierigkeiten des Augenblicks hindurchkommen wollen, so kann das nur unter seiner Führung geschehen.

Sjalmar Schacht.



# Die Politik der Fälscher.

## Ein Feind des Meeres.

Der Memelgouverneur Raakas hat sich auf das Gebiet der Selbstigkeit verlassen. Er fühlt sich verpflichtet, seine memellische Politik „historisch zu unterbauen“. Das Fundament, das der Gouverneur da aus Offizierskreisen, Beamten und akademischen Erben zusammengesetzt hat, ist ein etwas kurzes Gebilde geworden. Am 12. August wurde in Memel ein litauisches Fest des Meeres gefeiert, das nach dem Vorbild der polnischen Meeresfeste in Gdingen dazu bestimmt war, „die Verbundenheit des litauischen Volkes mit der Offize zu fördern und zum Ausdruck zu bringen“. Auf diesem Fest hat der Memelgouverneur eine Rede gehalten, in der er u. a. folgende Behauptungen aufstellte: Seit altersher hätten „Litauer am baltischen Meere gemohnt“, seit altersher habe das Wasser der Offize an das Land der Sjamanen, Kadzauer, Samen, „und anderer litauischer Stämme“ geflossen. Die Offize bezeichne für den Gouverneur in lebenswürdiger Weiseinheit als „litauisches Meer“, und den Vorkrieg nennt er bürgerlich „eine Frucht des litauischen Meeres“. Jetzt verführe das litauische Volk, das nach dem großen Kriege wieder erstanden sei, „nenn auch unter großen Schwierigkeiten und von den Feinden behindert, sein Meer zu nutzen“. Durch die Vereinigung des Memelgebietes mit dem litauischen Staate hätten sich für das litauische Volk „die breiten Tore des Meeres geöffnet“. . . . Dann sang der Staatspräsident Smetona die zweite Strophe des litauischen Liedes vom Meere: „Es sei der Zweck dieses Festes, „allen zu erklären, daß die Vitauer die große Bedeutung des Meeres für die Freiheit ihres Vaterlandes fühlen und verstehen, daß sie ihr Meer und ihre Rechte mit allen Mitteln schützen und verteidigen werden, solange es geht. Ja, solange es geht“. Smetona wird, wenn er historische Dinge beiläufig erwähnen will, nicht umhin, um die drifische Religion oder die Kulturierung des Baltischen Kümmerns (II), sondern die Bewohner des Gebietes unterrichtet und ihr Hab und Gut nützen, so wollen auch heute die sogenannten Sucher des östlichen Raumes sich durch Waffengewalt mit fremden Völkern bereichern (III).“ Auf diese Melodien war das ganze erste Fest des Meeres abgestimmt. Man ist es nachherdage gemohnt, daß die Leute, die den deutschen Waffen ihre hässliche Freiheit verdanken, mit Vöge, Hebe und Verleumdung gegen Deutschland vorgehen. Es bleibt aber immer ein bemerkenswertes Ereignis, wenn das Oberhaupt eines Staates sich an dieser Tätigkeit in der Weise, wie es Smetona zu tun pflegt, aktiv beteiligt. „Als Antwort auf das erste Fest des Meeres sei den Vorkrieg aus Rauen folgendes gesagt: Mehr ins Wasser gehen und weniger darüber reden!

## Der Fall Sibirkaukas.

Der einzige Zeit wurde der ehemalige litauische Gesandte in Berlin, Sibirkaukas, von seinem Vorkriegs-Geheimdienstposten abberufen und kurz darauf aus dem diplomatischen Dienst entlassen. Er wurde beschuldigt, im anvertrauten Selbst unterlagungen zu haben. Der Prozeß gegen ihn wird im September beginnen; die Anklageschrift ist bereits fertiggestellt. Der Anklage liegen folgende Vorgänge zugrunde: Die litauischen Generalkonsuln Fischer in Berlin und Dr. Maron-Dresden sowie der litauische Konsul Vendix in Köln haben dem damaligen litauischen Gesandten in Berlin, Sibirkaukas, zu Wohltätigkeitszwecken insgesamt 88 000 Mark überreicht, die dieser nicht ihrer Bestimmung zugeführt, sondern offensichtlich zur Hebung seines eigenen Wohlergehens verbracht hat. Sibirkaukas verfuhr im Jahre 1932, als er schon Gesandter in Vorkrieg war, die drei genannten zu einem Witzstück ihrer Beschuldigungen, die auch in Rauen gemeldet worden waren, zu bewegen. Er erklärte, den Silber einnahm 100 oder 200 Mark für die litauischen Studenten erhalten zu haben. Später habe er allerdings von Fischer privat 10 000 Mark erhalten, weil er sein Guthaben bei einer Schweizer Bank nicht schnell genug zu realisieren vermochte. Von Vendix und Maron will er überhaupt nichts erhalten haben. Er versucht die Sache so hinzustellen, als ob die drei Ehrenkonsuln ihn persönlich unmöglich machen und sich an ihm wegen ihres Zutretens in der Memelfrage rächen wollten! In dem Prozeß werden als Zeugen u. a. der Berliner Gesandte Dr. Schaulys, der Militärattaché in Berlin Oberst

Skirpa, der jetzige litauische Außenminister Vojoraitis und der ehemalige Außenminister Saunius auftreten.

## 10 000 Seiten „Landeserrat“.

Seit Monaten warten zahlreiche Deutsche aus dem Memelgebiet auf den litauischen Gesandten darauf, daß ihnen endlich Gelegenheit gegeben wird, sich gegen den Vorwurf des Landeserrats, der gegen sie erhoben wird, zu verteidigen. Jetzt hat der litauische Justizminister angekündigt, daß die Untersuchung bald beendet sein werde und daß die Staatsanwaltschaft dann an die Befolgung der Anklageschrift werde herangehen können. Der Minister hat sich wahrscheinlich sehr wichtig org, als er den Umfang der Untersuchungstätigkeit durch einige statistische Angaben zu charakterisieren versuchte: Es folgen 1237 Personen verhöört worden sein. Von diesen würden 142 als beschuldigt zur Verantwortung gezogen werden; 15 seien gestrichet; einer sei ermordet worden. 86 befänden sich im Gefängnis, 40 unter Polizeiaufsicht oder seien gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt worden. Die Voruntersuchung allein umfasse 10 000 Seiten oder 32 Aktenbände. An Dokumenten seien sieben Kisten mit 1,5 Kubikmeter Inhalt vorhanden. Trotz der Menge dieses Materials, sagte der Minister, habe ihm die Staatsanwaltschaft versprochen, die Anklageschrift bis Mitte September fertigzustellen.

Nach der Meinung des Ministers soll in der Voruntersuchung festgestellt worden sein, daß die Sozialistische Volksgemeinschaft und die Christlich-Sozialistische litauische Volksgemeinschaft „unter dem Vorwand einer formalen Egalität eine große Menge wertvoller Arbeit gegen Staat und Nation unternommen und gefördert“ haben; viele kleine Parteien sollen fortwährend enge Verbindung mit dem Ausland (also mit Deutschland) unterhalten haben und dort geführt und unterteilt worden sein. Ihre Führer sollen vom Ausland gestellt und der Streit, der unter ihnen gerbrocht hat, im Ausland entschieden worden sein. Sie sollen nach dem Führerprinzip organisiert gewesen sein und ihre Mitglieder durch harte Strafandrohungen militärischer Art zusammengehalten haben. „Infolge der Untätigkeit bestimmter hoher autonomer Organe des Memelgebietes“ sollen sie sich in der Verwaltung und in der Wirtschaft des Memelgebietes eingenistet, „die ruhmige, lokale Arbeit gestört“ und „die Einmooten terrorisiert“ haben. Sie sollen Sturmabteilungen gegründet, militärische Übungen veranstaltet, Schützengräben ausgehoben haben, alle „Taten alles, was dem Zweck dienlich“ seien, durchzuführen. Außerdem sollen sie in dem litauischen Staat das Memelgebiet zu unterteilen. Nach den Angaben des Ministers hat die Sozialistische Volksgemeinschaft etwa 6000 und die Christlich-Sozialistische Arbeitsgemeinschaft über 2200 Mitglieder gehabt. Der Minister hat also so ziemlich alles das wiederholt, was in letzter Zeit von der litauischen und der jüdischen Hetzpresse gegen die heußischen Parteien vorgebracht worden ist. Das war zu erwarten. Denn wenn er das nicht getan hätte, dann hätte er damit die Unterdrückungspolitik des Gouverneurs Raakas desavouiert und die Rechtmäßigkeit des Direktorkrisis-Reisings beseitigt.

## Die Vitauer im Ausland.

Der „Verein zur Unterhaltung der Vitauer im Ausland“ hat, nach einem Bericht des baltischen „Litauos Albas“, rund 9000 Mitglieder (?). Dieser Tage wird er eine Schrift von P. Zukauskas „Die Vitauer im Ausland“, herausgeben. Im Herbst d. J. soll das Jahrbuch des Vereins, „das bedeutende Männer zu seinen Mitarbeitern zählt“, erscheinen. Auch will der Verein demnächst eine periodische Zeitschrift für die Vitauer im Ausland herausgeben. Der Verein veranstaltet für die ausmündenden Vitauer Vorträge über die litauische Geschichte, Literatur, Volkskunde und dergl. Diese Vorträge werden gedruckt und in die bedeutendsten Auswanderungszentren geschickt. Der 17. Juni, der Tag, an dem die amerikanisch-litauischen Opansflieger (bei Solbun in der Rumark) verunglückten, soll alljährlich von den Vitauern der ganzen Welt gefeiert werden. Ein 1000 Meter langer Film mit dem Titel „Litauos“ (Litauen) soll den Vitauern im Auslande die Fortschritte das wiedererstandenen Heimatlandes zeigen. Besonders wird dafür gefordert, daß jede bedeutendere litauische Kolonie im Auslande ihr eigenes Heim erbält. Der Verein hat schon 3000 Lit für ein Heim in Buenos Aires und weitere Summen für andere Zentren bereitgestellt. Ebenso sollen die litauischen Schulen im Auslande unterfüttert werden. Es werden vor allem litauische Wähler für die Jugend verhandelt. Die Jugend in Vitauen wird angeregt, mit der Jugend im Auslande in Briefwechsel zu treten.

Bis auf den heutigen Tag ist das Halbe und Laue  
der Fluch Deutschlands geblieben. Adolf Hitler.

## Völkischer Selbstmord.

Befähigt man sich mit der baltischen Frage auf weite Sicht, so kann man an der Bevölkerungsentwicklung der baltischen Staaten nicht vorübergehen. Die Geburtenfrage ist für die weitere Zukunft dieser Länder schließlich entscheidend. Das gilt für Lettland ebenso wie für das benachbarte Estland. Beide Länder weisen eine Bevölkerungsentwicklung auf, die jeden für den Völkstum sich verantwortlich fühlenden Politiker mit ernstlicher Sorge erfüllen muß. Wie lebt es sich in Lettland? Dieser Staat hat rund 2 Millionen Einwohner; das sind 30 auf einen Geviertkilometer, gegen 40 in Litauen, über 80 in Polen und über 140 in Deutschland. Die geringe Bevölkerungsdichte rufen an sich nicht so bedenklich, wenn die Geburtenziffer nicht so ungemein niedrig wäre. Lettland ist ein Bauernland und hat trotzdem (auf das Kaufland der Bewohner gerechnet) die niedrigste Geburtenzahl unter allen europäischen Staaten und ist dabei von Osten und Süden her von Ländern mit einer um das Vielfache überlegenen Geburtenziffer umgeben. Einige Zahlen beweisen das:

Bis 1927 wurden in Lettland jährlich rund 41 000 Menschen geboren, i. J. 1928 nur noch 39 000, 1933 nur noch knapp 33 000. Bringt man von dieser Geburtenzahl von 33 000 im letzten Jahre die Zahl der Todesfälle in Abzug, so ergibt sich für das ganze Staatsgebiet für 1933 eine natürliche Bevölkerungszunahme von nur 7 000. Das heißt, auf je 1000 Einwohner betrug im letzten Jahre der natürliche Zuwachs 3,7. Dagegen beträgt der Zuwachs in Litauen 11—12 v. U., in Rußland und Polen 15 bis 16 v. U. Die Bevölkerung dieser benachbarten Staaten vermehrt sich also drei- bis viermal so rasch als die Bevölkerung Lettlands. Dabei macht die bereits vor Jahrzehnten merklich einsetzende bewußte Geburtenbeschränkung in Lettland beständig weitere Fortschritte. Sie beschränkt sich nicht auf die Städte allein, sondern hat in kaum geringerem Maße auch die bäuerliche Bevölkerung der meisten Landesteile ergriffen. Der Geburtensturz in Lettland geriet nahezu an völkischen Selbstmord. In den Kriegsjahren hat sich die Volkszahl auf dem Gebiet des heutigen Lettland um etwa  $\frac{1}{2}$  Million verringert; diese Menschen sind im Kriege gefallen, an Krankheiten um, zugrunde gegangen, ausgesandt oder in Rußland geblieben. Die Volkszahl Lettlands ist seit dem Kriege bis 1933 erst um 150 000 Menschen gewachsen. Das Land hat also noch nicht einmal den dritten Teil seiner Kriegsernte wieder aufgebohrt.

Es ist notwendig, die Verteilung des Geburtenüberschusses auf Stadt und Land, auf die einzelnen Landesteile und die verschiedenen Nationalitäten kennenzulernen, um einen klaren Blick für die völkischen Umänderungen zu bekommen, die sich unmerklich in Lettland vollziehen. Auf dem Lande ist die Geburtenüberschuss größer als in den Städten; zugleich aber ist auf dem Lande auch die Arbeitslosigkeit niedriger als in den Städten. So fällt fast der gesamte natürliche Bevölkerungszuwachs aus dem Lande. Im Jahre 1932 lies die Bevölkerung Lettlands um 11 000 Seelen. Davon entfielen nur 900 (= 8 v. H.) auf die Städte des Landes! In Riga, der Hauptstadt Lettlands, starben jährlich mehr Menschen als geboren werden. Die Städte verdanken ihre Volkszunahme fast ausschließlich der Zuwanderung zum Lande.

National und politisch äußerst bedeutsam ist für die Zukunft Lettlands die Stellung, das Völkertum, der Teil des Staates jenseits des „Risses an der Enst“, eine weit höhere natürliche Zuwachsziffer als das übrige Lettland besitzt. Lettgalen unterscheiden sich sowohl konfessionell wie völkisch vom eigentlichen Lettland. Seine Bevölkerung ist, im Gegensatz zu den protestantischen Letten, katholisch und orthodox. Sie besteht größtenteils aus Russen und Polen bzw. russifizierten und polonisierten Menschen lettischen Stammes. Zwischen Lettgalen und dem eigentlichen, zum

protestantisch-nordischen Kulturkreis gehörenden Lettland besteht ein scharfer kultureller, sozialer, politischer, konfessioneller und völkischer Gegensatz. Unter diesen Umständen muß die Tatsache einer härteren Bevölkerungszunahme in Lettgalen natürlicherweise zu einer allmählichen Unterwanderung und damit Ver fremdung des eigentlichen Lettland führen. Und tatsächlich ist ein solcher Prozeß auch schon im vollen Gange. Im Jahre 1939 entfielen von dem gesamtlettischen Bevölkerungszuwachs von 11 000 Seelen auf Lettgalen allein 7600 Seelen; das sind 70 v. H. Im Jahre 1933 betrug der Zuwachs in ganz Lettland 7200 Seelen, davon entfielen auf Lettgalen allein 6000 Seelen, das ist schon 85 v. H. Der natürliche Zuwachs in Lettgalen beträgt auf das Kaufland der Bevölkerung 14,1, im übrigen Lettland nur 2,6. Die Zuwachsziffer ist in Lettgalen also mehr als fünfmal so hoch wie im eigentlichen Lettland! Ohne Lettgalen würde die Volkszahl Lettlands nahezu stillstehen. Bemerkenswert sind noch die Unterschiede der natürlichen Zunahme, die bei den einzelnen Nationalitäten bestehen. Die stärkste Zunahme weisen die Russen auf; es folgen die Polen, dann die Letten und Juden. Die Deutschen haben überhaupt keine Zunahme mehr zu verzeichnen; die Zahl der Todesfälle übersteigt bei ihnen die der Geburten jährlich um 2—300. Das ist um kein Geringes der wirtschaftlichen Not, zum Teil aber auch dadurch verursacht, daß die jüngeren, wehrfähigen Lehrlinge innerhalb des lettischen Berufsstandes durch Krieg und Abwanderung stark dezimiert sind. Der natürliche Zuwachs in Lettland in den Jahren 1930/32 bei den Russen 51,1‰, bei den Polen 107‰, bei den Letten 4,4‰, bei den Juden 3,6‰, und bei den Deutschen betrug die Verminderung 4,5‰.

Das Deutschland bei diesen Zahlen zunächst am stärksten interessiert, ist die Tatsache, daß das lettlandische Deutschtum (in Estland ist es ähnlich) im Aussterben begriffen ist. Hier wird aus der bisherigen Führung des baltischen Deutschtums der schmerzlichen Vorwurf nicht erspart können, im höchsten Maße verantwortungslos gegenüber der deutschen Zukunft gehandelt zu haben. Die nordbaltische Führung dieser Führung an liberalistischen Gedanken, die sich hier überall verorten, auf den natürlichen Lebensmilieu der Völker ausgerichtet haben, hat im baltischen Deutschtum, was noch erschwerende Momente wirtschaftlicher und politischer Art hinzukamen, zum völkischen Selbstmord geführt. Das Leben für den Augenblick, das geistliche Aufgeben im parlamentarischen Kuband, die Unlust, aus den Aufgaben des politischen und sozialen Umwerfes die gebotenen Solgerungen in Bezug auf Berufswohl, Lebensstandard usw. zu ziehen, dieses reflexlose Vergehen gegenüber der vordringlichsten Aufgabe, die überhaupt zu erfüllen war: der Erhaltung, — das alles bedeutet für die bisherige Führung des baltischen Deutschtums ein verwerfliches Urteil, das man sich nur über die Verantwortlichkeit wundern kann, mit der diese Führung nicht von der ersten Stunde eines neuen deutsch-baltischen Lebenswillens gemonnt haben, wie er sich in der Deutschen Erneuerungsbewegung herauszubilden begann. Und wundern muß man sich auch über die Kurzsichtigkeit, mit der manche Kreise im Reich noch diese verlassene Führung zu decken versuchen. Was diese alte Führung etwa an politischen Erfolgen aufweisen kann: deutsches Schulsystem, deutsche Organisationen verschiedener Art u. s. f., das wird heute von den Machthabern des lettlandischen Staates schrittweise wieder zerstört. Stände jetzt ein durch eine teilsbaltische Führung mit neuem Geist und mehrheitlichem Lebensmilieu erfülltes Deutschtum, denn würde dieses Zerfallenswerk nicht so verhängnisvoll sein, wie es sich unter den gegebenen Verhältnissen mehr unabhängig auswirken müßte, Organisationen können anders verfahren, den Lebenswillen aber kann man nur selber zerstören. Der Mangel an Lebenswillen ist durch Organisationen nicht zu ersetzen. Wo aber ein Lebenswillen ist, da wird er sich auch neue Organisationen zu schaffen verstehen.

## Landarbeitermangel in Lettland.

In Lettland macht sich auf dem Lande ein großer Mangel an Landarbeitern bemerkbar. Bisher sind nach Lettland ungefähr 10 000 Landarbeiter aus Polen eingeführt worden. 85 Prozent Frauen, 15 Prozent Männer. Davon tritt der landwirtschaftliche Zentralverein 5000 polnische Arbeiter ins Land; die übrigen 5000 der Semagallische landwirtschaftliche Zentralverein und die kurländische landwirtschaftliche Organisation. Eine Solgerweisung ist, daß sich im nordlichen Polen, besonders im Wladislaw, durch den Abzug der Arbeiter nach Lettland ein Mangel an freien Arbeitern bemerkbar macht. Da damit zu rechnen ist, daß alljährlich ein Teil dieser polnischen Arbeitskräfte auch nach Schluß der Erntearbeiten in Lettland zurückbleibt, verfährt sich die polnische Frage für dieses Land.

## Die deutschen Ortsnamen.

Unter der Überschrift: „Wie lange muß man das noch ertragen?“ wies der „Dämalerb“ in einem Leitartikel darauf hin, wie frei die baltischen Deutschen, insbesondere die Realisten, an den überlieferten deutschen Ortsnamen festhalten. Man könnte sich nach dem einverstandenen erklären, meint der Verfasser, wenn den Ortsnamen in der Staatsprache der historische fremdsprachige Name zur Erklärung der Leser hingefügt würde. Aber ganz unvorstellbar sei es, daß die in Real erscheinende deutsche Zeitung, die „Revalische Zeitung“, die neuen Namen, die in estnischer Sprache gegeben worden sind, auf ihre Art deutsch interpretiert. „Da es im estnischen Teilsstaat ein Real nicht mehr gibt“, schreibt der „Dämalerb“, „so dürfte es auch keine „Revalische Zeitung“ geben. Das frühere deutsche Real heißt nun zu Recht der estnischen Selbständigkeit in allen sprachlichen Gallien. Sämtliche Zeitung würde auch sehr klein, aber mehrschalig, würden die Deutschen wohl das Ercheinen ihres Blattes einstellen, wenn sie gezwungen würden, denselben dieselben baltischen Namen zu geben.“ Die Hauptstadt Lettlands ist in der neuen Welt mit ihrem üblichen deutschen Namen Real bekannt. Wer aber kennt Estland?

**Mit dem Seedeich nach DPREußen!**

## Das deutsche Eger.

Das deutsche Egerland, 1392 von einem geliebtesten bayerischen Kurfürsten um 30 000 Silbertaler der böhmischen Krone verpfändet, nach den Bestimmungen des Friedensvertrages von St. Germain der neuerschaffenen tschechoslowakischen Republik eingegliedert, ist sehr umstrittener Boden.

Die Tschechen erzählten, die alliierten Mächte hätten eine Rückgabe dieser Gebiete an Bayern vorgeschlagen. Dieser Industrie- aber hätten beim Obersten Rate in Paris gegen diese Absicht Einspruch erhoben. Volksernt? Den Herren in Aich schien das Hemd näher als der Rock, und die Aussicht vor der großjähigen Konkurrenz im Reich verirrte ihnen die Sinne. Auf diesem Um- und Irrwege ließen die alliierten Regierungen ihre Pläne wieder fallen, Ja, das Hemd ...

Man kann Staaten gründen, Diktaturen errichten, wüßlich und selbstherrlich Grenzen ziehen, eines aber kann man nicht, wie es gewöhnlich auch niemals erzieht — durch ein Machtwort jahrhundertelange Tradition ausrotten und ein Volk seines nationalen Charakters berauben.

Das Egerland ist deutsch, daran ändern Verträge nichts und Gesetze, deutsch ist die Scholle, deutsch die Sprache. Den Tschechen ist dieser Fußboden ein Vorn im Auge. Mit Gewalt ist nichts zu erreichen, das haben die Prager Regierungsgewaltigen nicht nur einmal erfahren. Aus deutsche Proteste und Beschwerden im Parlamente höchstens mit der Pflicht abgetan wurden, das „ungallische“ Land doch zu verlassen, antwortete schlafgig ein deutscher Abgeordneter: „Ja, das wollen wir, dann aber nehmen wir uns auch unser Land mit!“

Das deutsche Egerland zu entnationalisieren, sind die Tschechen rüffig am Werke. Deutsche Beamte werden entlassen und durch „Staatsreue“ Tschechen ersetzt. Eine tschechische Anstalt wird künstlich hochgedrückt, den Zweck zu erbringen, das alles nach flammlichen Ursprungs sei und die Deutschen erobertungsfähige Eindringlinge. Man läßt über diese Verlechte, das wahre Gesicht dieses Gebietes rotweiß-blau zu überblenden und läßt sich nicht irremachen. Das Egerland bleibt deutsch!

Einmal: Sokoleinmarsch in Eger! Die alte freie deutsche Reichs-

stadt wird tschechisch Heerlager. Die Sokoleverbände kündigten ihren Besuch an. Der tschechische Charakter Egers sollte aller Welt sichtbar werden. Gendarmerie beschlagnahmte das deutsche Schützenhaus, um den tschechischen Rothemden einen Lagerort zu verschaffen. Man hatte auch die Richtung ohne den Willen, ohne die volkswirtschaftliche Vorbereitung gemacht, die nicht genützt war, dieser Produktion tatenlos zuzusehen. Gemaltene Aufhebung war unmöglich. Hochverrat war nur den Tschechen erlaubt, und die Geschichte der alten Donaumonarchie ist nicht arm an lehr- und aufschlußreichen Beispielen dazu. Die deutschen Egerländer aber wollten sich zu helfen. Was konnte schon geschehen?

Am Tage des Sokoleinmarsches war Eger eine tote Stadt. Alle Fenster verhängt, die Straßen und Plätze ausgeföhrt. Ruhig und unauffällig machte die Bevölkerung in den frühesten Morgenstunden den unerwarteten Besuchern Platz und ließ sich in den angrenzenden Ortschaften nieder. Die „Kopur“-Rufe der Rothemden, die in großen, geschlossenen Truppen in die Stadt einogen, blieben ohne Echo. Geschloßener Stille vernichtete Stimmung und Camme der „Sieger“. Mühsam begaben sie sich zum Schützenhaus. Das monumentale Gebäude am Egerfluße gelegen, nur zum Empfangen gerüstet. Die Lagerung aber konnte nicht stattfinden. Unbekannte Täter hatten in der vergangenen Nacht alle Türen und Fenster entfernt und an unauffindbaren Orten versteckt. Die Räte young die Tschechen, die im Freien nicht tagen konnten, zur Heimreise. Sang- und klanglos verließen die Sokole die unglückliche Stadt. Mit diesem Sisko hatten sie nicht gerechnet. Ein gemeines Volk, die Egerländer ...

Hausdurchsuchungen in der Stadt verliefen ergebnislos. Der Wirt des Schützenhauses, der geknebelt und gefesselt in einem entlegenen Zimmer aufgefunden wurde, mußte nichts zu sagen. Unbekannte Täter leinere — Türen und Fenster. Einem flammigen Kopf war es gelungen, die corps des Feindes unter den Holzverschlüssen der Schimmelhaut, wenige Schritte vom Schützenhaus entfernt, aufzulockern. Eger ist eine deutsche Stadt.

Rudolf Schröder.

## Toll — Oberschlesiens älteste Stadt.

Vom 11. bis 18. August feiert das freundliche und idyllische Burgstädtchen Toll, eine der ältesten geschlossenen Siedlungen des ober-schlesischen Grenzlandes, sein 700jähriges Bestehen. Die Stadt, dicht am Eingang zum ober-schlesischen Industriegebiet gelegen, befindet sich in einer romantischen und waldreichen Gegend. Am Höhenzuge des Babeln eingebettet, gruppieren sich die Häuser der stillen Stadt um die uralte Ruine des Schlosses. Die Burg, die von der Straße im Süden ins Land führt, ist ein Denkmal, Oberschlesiens großer Sohn, nicht das Bild der alten Burg in seinen Ruinensinnernungen mit folgenden Worten: „Das großartige Schloss hatte mit seinen vielen Türmen, Ecktürmen und Schießscharten ein noch ganz feudales, mittelalterliches Gepräge und schaute von einem steilen, waldumhüllten Berge, mo jährlich gebotene Dampfräder sich ergingen, hinterhöflich auf das kleine Städtchen herab, das zu seinen Füßen Berg und Park umkränzte.“ Das Schloss wurde im Jahre 1811 durch ein Feuer zerstört, doch ist die prachtvolle Ruine noch heute eines Stiebes der unbekannt und viel verkörnten ober-schlesischen Landschaft. Die älteste Erwähnung findet der Ort Toll in einer Urkunde vom Jahre 1291. Die Burg dürfte in der Mitte des 12. Jahrhunderts als Festung errichtet sein. Bereits 1226 wurde die Burg als Kollaneau ausgerufen, so daß wahrscheinlich in dieser Zeit Toll schon Stadt gewesen ist. Burggraf war der herzogliche Kollaneau Jacobus de Kollan. Das eigentliche Gründungsalter von Toll aber — das kann nach den bisherigen Forschungen als sicher angenommen werden — reicht weit in die vor- und frühgeschichtliche Epoche Oberschlesiens zurück. Es dürfte sich um eine uralte Wohnanlage handeln, die sehr früh zur Wallburg durch den aus der Ebene aufsteigenden natürlichen Berg wurde, zumal ein Wallergürtel von drei Seiten her ihre mehrfache Bedeutung erhöhte. An der alten wichtigen Heer- und Handelsstraße Breslau-Krakau gelegen, wuchs das Ansehen und die Schließung von Toll mit dem zunehmenden Austausch wirtschaftlicher und kultureller Güter vom Jahrhundert zu Jahrhundert, bis die Schlachten des 13. und 14. Jahrhunderts mit ihren Schwereisen und Räten dieser Entwicklung ein jähes Ende setzten. Die Blütezeit von Toll dürfte am 14. und 15. Jahrhundert zu suchen sein. In dieser Zeit entstand auch jene massive Anlage aus der einst hölzernen Kollaneau, deren Reste noch heute über das ober-schlesische Land schauen. Es ist überaus wichtig, festzuhalten, daß dieser mehrfache Steinbau der Burg durchaus gotischen Stil trägt, was seine rein deutsche Abkunft erhärtet, denn auch über die Ableitung des Namens Toll — der auch Kollan, Kollach und Kollach geschrieben wurde — Meinungsverschiedenheiten bestehen können.

Die Geschichte von Burg und Städtchen war im Laufe der Jahrhunderte überaus wechselvoll. Die Herrschaftsverhältnisse lösten einander oft ab, und die mannigfachen Kriege, die das schlesische Land

immer wieder verheerten, brachten auch der Stadt Toll schwere Wite, die die Entwicklung oft hemmten. Zerstörte Brände, so im Jahre 1570, im Jahre 1677 und 1833 vernichteten immer wieder aufs neue alle Anfänge der aufstrebenden Entwicklung des Städtchens. Stetlich blühte auch im 17. und 18. Jahrhundert Toll noch einmal auf unter dem Einfluß von Säkularisierungs- und Reformen. Die Burg wurde im Jahre 1666 von einem italienischen Architekten, dem Grafen Cosimo Colonna 1666, von jenem alten Grafen, dem Grafen der Colonna, das Toll Burg zu einem schön-geleiteten Palast umgebaut, dessen architektonische Romantik noch den jungen Eichenborf begeistert hat. Doch zu jener Zeit bereits ging das Städtchen Toll einer stilleren und weniger bedeutungsvollen Epoche entgegen. Eichenborf schreibt in seinem unvollendet gebliebenen „Bilderbuch aus meiner Jugend“ von der alten Burg Toll: „Das ist das Schloss, von dem ich oft gelungen, mo die Luft tanzen auf dem Waldesrauschen, die Rebe im Mondschein grauen. Nun ist's verbrannt; es existiert nur noch in Fiebern und in Träumen.“ Am 20. Mai 1811, acht Jahre, nachdem sie aus dem Besitz der Eichenborfschen Familie an den Grafen Franz Solms übergegangen war, brannte die Burg völlig ab. Noch heute kann man an drei Stellen die Überreste des Schlosses sehen, der erst nach 70 Jahren vollständig gelöst werden konnte. In neuerer Zeit ist wiederholt der Gedanke aufgetaucht, die Burg in ihrem früheren Zustande wiederherzustellen, da außer drei Türmen immerhin bedeutende Teile der Eingangsgebäude und des rechten Langhauses erhalten sind. Das größte und kaum zu überwindende Hindernis ist jedoch die Frage der Aufbringung der überaus hohen Kosten. Außerdem hat sich herausgestellt, daß es keineswegs leicht ist, den einstigen Zustand des Schlosses genau festzustellen. Soeben ist nun ein sehr bemerkenswerter Besuch in dieser Richtung gemacht worden. Der Direktor des Oberschlesischen Museums in Gleiwitz, Dr. Heinemann, hat auf Grund genauer eigener Kenntnis des jetzigen Zustandes der Ruine und sorgfältiger Studien, alle auf die Burg benötigten Überlieferungen und Bilder in einem Atlas veröffentlicht. Das Modell gibt den Zustand der Burg wieder, wie er gegen 1700 gewesen sein mag, nachdem in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts der damalige Besitzer, Graf Cosimo Colonna, die Burg mit großen Kosten umgebaut und prächtig ausgebaut hatte. Der riesige Bau soll nach den Überlieferungen 360 Fenster gehabt haben. Er war im Inneren durch Stuck und Malereien reich geschmückt und enthielt auch zu Eichenborfs Zeiten noch all die Räume, welche nun einmal zu der Romantik mittelalterlicher Burgen gehören, wie Wappenhalle, Zirkelkammer, Ritter- und Knappenpaal, Burgkapelle, unterirdische Gänge, hülfere Burggerüste u. a. m., kein Wunder, daß ein empfindliches Dichtergemüt, wie das Eichenborfs, hier reiche Nahrung seiner Phantasie finden konnte.

# Volkstumsarbeit im Osten.

## Das Volkslieder-Ausgreiben des BDO.

Das Preisausgreiben ostmärkischer Lieder, das die Landesgruppe Ostmark des Bundes Deutscher Osten gemeinsam mit dem Gau Kurmark des Deutschen Sängerbundes veranstaltete, hat ein überraschendes Resultat ergeben. Nahezu ein halbes Tausend von Gesichten sind eingegangen, darunter auch Gutes und Besseres. Die Preisrichter haben die Sichtung vorgenommen. Die ausgeschiedenen Lieder sind vervollständigt und den Komponisten zugesandt worden. Die Zeit für die Langfassung ist bis zum 30. September veranschlagt. Zu den Melodien wird der vierstimmige Satz für Männerchor und Gemischten Chor gemittelt. Aber auch das einstimmige und mehrstimmige Lied ohne oder mit Begleitung ist erwünscht. Nach Eingang der Kompositionen wird alsobald das Preisrichterkollegium, das aus namhaften Musikern gebildet ist, seine Arbeit aufnehmen. Das zugewiesene Dreie bestehen in der idealen Wertung. Geldwerte sind nicht vorgesehen. Das Ergebnis wird in Zeitungen und Zeitschriften öffentlich bekanntgegeben werden. Die Kompositionen sollen bei dem Gau-Sängerfest des Sängerbundes Kurmark im nächsten Jahre gesungen werden und so ihre öffentliche Probe bestehen. Der Eingang der Lieder ist abgeschlossen. Texte mit Kompositionen werden noch jederzeit bis zum 30. September d. J. unter der Aufsicht: H. Pischke, Frankfurt (Oder), Rheinmännle 50, erwartet.

## Volkstümliches Schulungslager in Schlesien.

Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht veranstaltet im Einvernehmen mit dem preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in der Woche vom 1. bis 7. Oktober 1934 im Jugendhof Haffjörp vorwiegend ein volkstümliches Schulungslager für junge Lehrer und Lehrerbinnen. Das Lager lebt unter dem Protektorat von Min.-Rat Prof. Dr. Bargheer. Die Leitung hat Prof. Dr. Freudenthal, der Direktor der Hochschule für Lehrerbildung in Hirschberg, übernommen. Ihre Mitarbeit haben u. a. Min.-Rat Prof. Dr. Bargheer, Dr. Strobel vom Stabsamt des Reichswehrministeriums sowie die Hochschuldirektoren Mempel und Seidenkötter zugesichert. Mit weiteren namhaften Volkstümlichen Schlesiens sind Verhandlungen anknüpfend. Der Unkostenbeitrag beträgt 1,— RM.

## — Rühr.

**Weltbrand von morgen.** Ein Zukunftsbild von Werner Chompton. C. Hienemann Verlag, Stuttgart, 164 Seiten, Hart. 3,20 RM. — Es bleibt immer eine milchige Sade, die Zukunft vorauszuzeigen und darzulegen zu wollen. Wenn Chompton die kriegerischen Zusammenstöße im Fernen Osten und in der Südpole, die Luft- und Seeflotten schildert, in denen Japan als Einziger der asiatischen Völker die europäischen und amerikanischen Seemächte besiegelt, so steht nicht in dem Glauben an die Unfehlbarkeit seiner Voraussetzungen, sondern in der Absicht, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die weltpolitischen Entscheidungen der Zukunft voraussichtlich nicht auf dem europäischen Kontinent, sondern im Fernen Osten fallen werden, daß sich in Asien von neuem eine Macht zusammenballt, die über Europa hereinzubrechen droht. „Dem asiatischen Menschen, der asiatischen Seele, muß man mehr entgegenzehen können als Armen und Jüdten, wenn man den Kampf bestehen will. Man muß ihr auch eine Seele entgegenzehen, die in dem Blut und Boden wurzelt, aus dem wir stammen. Nur wer die stärkere Seele mobilisieren kann, wird die stärkere Heere haben.“ R.

**Rationalsozialistische Deutsche Weltwoche.** Von Walter Josef Wagner-Buchum. Idee und Sinn der Freiheitsbewegung werden hier geschildert und Wege in die Zukunft gewiesen. „Deutschlands Schicksal — Europas Zukunft.“ Das ist eine ernste Mahnung an die Weltweisheit unserer Gegenwart. Für uns aber gilt es, mit einer neuen Arbeit, ein Ziel: Deutschland. Das ist Erkenntnis und Bekanntheit eines Mannes, der seit länger als einem Jahrzehnt unter Adolf Hitlers Fahnen kämpft und in der von ihm begründeten „Politischen Hochschule“ dem Rationalsozialismus eine geistige Forschungsstätte bereitet hat. (Veipja, Armanen-Verlag, 2 RM.)

**Politische Kulturlehre.** Von Gullao Steinbömer. (Hansatische Verlagsgesellschaft, Hamburg, 3,80 RM.) Diese Unternehmung war notwendig für Erkenntnis und künftige kulturelle Arbeit. Das Geistesleben des Liberalismus mit seiner Vorkerkheit des Individuums ist vorüber; der liberalistische Staat, dem Individuum bis fast zur Zerstörung bekämpft, ist durch den autoritären abgelöst. Aus den großen politischen Gemeinschaftserlebnissen heraus wurde er geboren und hat die Aufgabe, die Bereiche der Kultur, der Kunst, der Wissenschaft, der Religion, der Verfall der Richtung an, in der die künftige Zukunft gegenüber der Kultur und ihren Sonderbedingungen zu wirken verhalten ist.

**Grenzkämpfer.** Von Walter Rubel u. a. (Verlag M. Dichterweg, Frankfurt a. M.; 1 RM.) Zu der Sammlung „Deutsche Führer — Deutsche Taten“ ist ein bequemes, behabertes Heft erschienen, das die Grenzkämpfe im Baltikum, in Oberösterreich, das Freiheitsleben des Memellandes, den Ruhrkampf und auch (worum bei den „Grenzkämpfern“) das Heidentum von Scapa Flow volkstümlich behandelt. Wir fragen nun: Warum bleibt der Kampf um das „Pöfener Land“ unberücksichtigt, aus dem soviel deutschen Landes deutsch erblüht? Dr. E.

Verlag: Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W 30, Mohrtstraße 46 — Fernruf: B 5 Barbarossa 9061 — Postfachkonto: Berlin 104726. Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW. — J. v. W. g.

lind umgebend an das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin W 35, Potsdamer Str. 120, zu richten.

## Heimat- und Volkstumsarbeit Gau Kurmark — BDO.

Zwischen dem Gau Kurmark der Deutschen Arbeitsfront und der Landesgruppe Ostmark des Bundes Deutscher Osten ist folgende Vereinbarung getroffen worden: Zur Vermeidung von Doppelarbeit und Zersplitterung erfolgt die Zusammenlegung der Ämter für Volkstum und Heimat der Deutschen Arbeitsfront des Gau Kurmark und der Landesgruppe Ostmark des BDO. durch Übernahme aller fähigen Kräfte des BDO. in das Reichsamt „Volkstum und Heimat“. Es ist damit erreicht, daß die bisher lediglich im Rahmen des BDO. vollzogene Heimat- und Volkstumsarbeit dem gesamten Reichsamt und damit der Deutschen Arbeitsfront zugute kommt.

## Das Vllfiter Heimatmuseum.

Das Heimatmuseum in Tilsit soll als äußerstes östliches Grenzmuzeum bedeutend erweitert werden. Es wird dann die ganze Memellandchaft umfassen, soweit sie heute noch deutsches Gebiet ist. In drei getrennten Abteilungen wird die Erd- und Naturgeschichte dieser Landschaft, ihre Vorgeschichte und schließlich die Stadtgeschichte Tilsits und seiner engeren Umgebung dargestellt sein. Dieses Muzeum soll so ausgestaltet werden, daß es eine starke Waffe im Kulturkampf an der Ostgrenze ist.

## Das „I. Singlager für junge Lehrer“

veranstaltet vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, findet vom 27. August bis 2. September 1934 im Volkshochschulheim „Die Wislawa“ bei Rahmede, Kreis Rügenwalder, statt. Die Leiter sind Helmut Jörns, August Sander, Gerhard Schwarz, Arbeitsgebiete: Das politische Lied als Volkslied der Gegenwart, das Volkskuchens- und Soldatenlied, Musizieren mit Sanftem, Klöten und Volksmusikinstrumenten, Feiernestaltung, Sprechchor und Spiel, Chorleitung, Anfragen und Anmeldungen sind umgehend zu richten an das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin W 35, Potsdamer Straße 120.

## Persönliches.

**Senatspräsident Dr. Kaufmann** wurde in den Senat der Deutschen Akademie in München (Akademie zur Erforschung und zur Pflege des Deutschen) berufen.

**Dr. Ulfinger.** Durch das Innenministerium wurde entsprechend dem Vorschlage des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und Grenzmark Posen-Vorpommern, Gauzeiters Rube, der Vizepräsident Dr. Ulfinger zum Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg aus mit der Wahrnehmung der Aufgabe eines Vizepräsidenten für das Oberpräsidium Grenzmark Posen-Vorpommern ernannt. In Berlin beauftragt.

**Zwei Danziger Erbkundektoren.** Im Oliner Schloß fand am 1. August die feierliche Beerdigung des Erbkundektors der Danziger Technischen Hochschule an zwei hervorragende englische Gelehrte statt. Es handelt sich um zwei medizinische Forscher der Universität Durham, und zwar Sir Thomas Oliver und Dr. George Ernest Annis, den Präsidenten des Royal Institute of Public Health. Beide Gelehrte sind von der Danziger Hochschule zum Dr. rer. the. honoris causa ernannt worden. Sir Thomas Oliver wegen seiner Verdienste um seine Forschungen auf dem Gebiet der gerberlichen Krankheiten, insbesondere der Bekämpfung der Augenkrankheiten, Dr. Annis als Organist der öffentlichen Gesundheitspflege und wegen seiner Verdienste auf dem Gebiet der Verhütung der Krebskrankheiten.

**Der Bischof von Sobt.** Dr. Sarembo Gumiennicki, ist am 11. August einem schweren Zuckerleiden erlegen.

**Roman Dmowski** wurde kürzlich 70 Jahre alt. Dmowski ist der Gründer und geistige Führer der nationaldemokratischen Partei, der uner müde Empfinden des zum System erhobenen Deutschenalles. Er wurde durch seine Eigenpropaganda in den Seinsländern während des Krieges, durch seine Äußerungen in Washington und Versailles einer der Hauptfiguren auf der Zerstreuung des deutschen Ostens. Heute wird er von den Unentwegten noch als der Allmeister nationaldemokratischer Weltansatz verehrt. Aber die Zeit ist über ihn hinweggegangen. Sein politischer und persönlicher Gegner, „Pilsudski, hat das Seld besaunpft.

**Unvergänglich müssen Neubestellungen auf unser Stand für Monat September**

ausgegeben werden. — Bei später eingehenden Bestellungen ist eine Sondergebühr von 50 Pf. zu zahlen. Der Bestellspreis für den Monat September 6,50 RM. (ohne Zehnerausgabegebühr)

## Zu kaufen

gehucht: „Ostland“, Jahrgang 1920 und 1924, von Jahrgang 1925 Nr. 9.

Dr. R. Kriebel, Frankfurt a. Ober, Sündenburgstr. 79b

— Fernruf: B 5 Barbarossa 9061 — Postfachkonto: Berlin 104726